

HSFK-Report Nr. 5/2009

40 Jahre danach...

Frieden und Ökonomie in Nordirland

Andreas Haidvogel

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse :

HSFK · Baseler Str. 27-31 · 60329 Frankfurt am Main

Telefon: +49(0)69 95 91 04-0 · Fax: +49(0)69 55 84 81

E-Mail: haidvogl@hsfk.de · Internet: www.hsfk.de

ISBN: 978-3-937829-85-2

Euro 6,-

Zusammenfassung

Vor nunmehr 40 Jahren eskalierte der Nordirlandkonflikt mit Straßenschlachten zwischen Vertretern der katholischen und der protestantischen Gemeinschaft sowie nordirischen Polizeieinheiten. In den folgenden Jahrzehnten forderten die gewaltsamen Auseinandersetzungen mehr als 3000 Tote und über 40.000 Verletzte. Heute kann der Gewaltkonflikt als beendet bezeichnet werden. Zu Beginn der 1990er Jahre setzte in Nordirland ein Friedensprozess ein, der durch das offizielle Friedensabkommen, dem Belfast-Abkommen von 1998, und dem St. Andrews-Abkommen im Jahr 2007 den Konfliktaustrag von einem gewaltsamen in einen politischen Modus überführt hat. Obgleich die nordirische Gesellschaft im März 2009 von den schlimmsten Terroranschlägen seit etlichen Jahren erschüttert wurde, leben die Menschen in Nordirland heute in den friedlichsten Zeiten seit Beginn des gewaltsamen Konflikts.

Hand in Hand mit dem erfolgreichen Friedensprozess erlebte die nordirische Wirtschaft einen massiven Aufschwung. Viele Beobachter gehen von einem engen Zusammenhang zwischen diesen beiden Entwicklungen aus. Das zentrale Argument lautet, dass Frieden und politische Stabilität wichtige Bedingungen für eine florierende Ökonomie seien und man deshalb davon ausgehen könne, dass ökonomische Prosperität dem Friedensprozess quasi auf dem Fuße folge.

Auf der anderen Seite wird in akademischen und politischen Diskussionen immer wieder darauf verwiesen, dass dieser Zusammenhang auch in der umgekehrten Richtung wirken könne. Die Protagonisten dieser Annahme gehen davon aus, dass die Motivation der Menschen in Nordirland, ihre politischen Ziele mit Gewalt durchzusetzen, in dem Maße schwindet, in dem der materielle Wohlstand – oder zumindest die Hoffnung darauf – zunimmt. Aus dieser Perspektive besteht zwischen Frieden und Ökonomie ein wechselseitiges Verhältnis: Auf der einen Seite ist Frieden die grundlegende Bedingung für ökonomischen Aufschwung. Auf der anderen Seite wirkt sich gerade dieses wirtschaftliche Wachstum positiv auf den Friedensprozess aus.

Dieser Report untersucht die These vom wechselseitigen Zusammenspiel zwischen Ökonomie und Frieden am Beispiel des Nordirlandkonflikts. Hieraus ergibt sich eine doppelte Fragestellung: Erstens, besteht zwischen dem einsetzenden Friedensprozess und dem ökonomischen Aufschwung der nordirischen Wirtschaft zu Beginn der 1990er Jahre ein ursächlicher Zusammenhang? Zweitens, wie wirkt sich der ökonomische Aufschwung wiederum auf den Friedensprozess aus? Und von welchen Faktoren muss dieser Zusammenhang flankiert werden, damit sich die ökonomische Prosperität friedensstiftend auswirken kann?

Die Ergebnisse dieser Studie lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die erste These, nach der Frieden eine wichtige Bedingung für ökonomische Prosperität ist, kann für den Fall Nordirland bestätigt werden. Mit dem einsetzenden Friedensprozess und in Folge des Waffenstillstands beider Konfliktparteien Mitte der 1990er Jahre setzte in Nordirland ein starker wirtschaftlicher Aufschwung ein. Die nordirische Wirtschaft wuchs deutlich

stärker als der britische Durchschnitt, in- und ausländische Kapitalanleger investierten enorme Summen in die Region und die Arbeitslosigkeit sank massiv.

Auch die zweite These, nach der eine positive Wirkung von dieser ökonomischen Entwicklung auf den Friedensprozess ausgeht, kann bestätigt werden: Parallel zu dem wirtschaftlichen Aufschwung ist die politische Gewalt in Nordirland zurückgegangen. Obgleich eine ganze Reihe von Faktoren für den Erfolg des Friedensprozesses verantwortlich waren, spielte der ökonomische Aufschwung eine gewichtige Rolle. Aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs, des starken Rückgangs der Arbeitslosigkeit und der damit einhergehenden Verbesserung der materiellen Situation vieler Menschen, rückte die Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele zunehmend in den Hintergrund.

Allerdings zeigt dieser Report auch, dass dieser Zusammenhang nicht voraussetzungslos ist und verschiedene Faktoren, die sich auf diesen Konnex auswirken, in Rechnung gestellt werden müssen. Damit sich das friedensstiftende Potential ökonomischer Prosperität voll entfalten kann, müssen die ökonomischen Güter zwischen den Konfliktparteien (horizontale Dimension), aber auch parteienübergreifend zwischen sozialen Schichten (vertikale Dimension) fair verteilt werden.

Im Nordirlandkonflikt spielen ökonomische Faktoren eine wichtige Rolle. Besonders der ungleiche Zugang zum Arbeitsmarkt von Angehörigen beider Konfliktparteien aber auch soziale und ökonomische Deprivation, die ungleiche Verteilung ökonomischer Güter zwischen den sozialen Schichten in der nordirischen Gesellschaft, gelten als wichtige Ursachen für den Konflikt. Erst wenn diese Problematik der ungleichen Verteilung und des ungleichen Zugangs beseitigt oder zumindest reduziert werden, kann sich die erhoffte Wirkung der ökonomischen Prosperität auf den Frieden voll entfalten.

Von der Politik wurden verschiedene Initiativen auf den Weg gebracht, um diese Ungleichheiten in der horizontalen und der vertikalen Dimension anzugehen. Bei der Bekämpfung der ungleichen Zugangschancen zwischen den beiden Gemeinschaften zum Arbeitsmarkt haben sich die staatlichen Eingriffe als relativ erfolgreich erwiesen. Obwohl immer noch ein leichtes Ungleichgewicht zu Ungunsten der katholischen Gemeinschaft besteht, wurden die Ungleichheiten zwischen den Konfliktparteien in den letzten zwanzig Jahren maßgeblich verringert. Auch bei der Bekämpfung ökonomischer Deprivation wurden seitens der Politik Versuche unternommen, die Ungleichheiten zwischen den privilegierten und den sozio-ökonomisch marginalisierten Gesellschaftsschichten zu reduzieren. Allerdings ist es den politischen Akteuren nicht gelungen, die nach wie vor bestehenden sozialen Gegensätze in der nordirischen Gesellschaft zu nivellieren. Vielmehr besteht weiterhin die Gefahr, dass diejenigen Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben, nach wie vor nicht an der ökonomischen Prosperität teilhaben und somit der soziale Nährboden für die Gewalt nach wie vor existiert.

Deshalb bleibt es eine vordringliche Aufgabe, diejenigen Menschen, die nicht in den Genuss des ökonomischen Wachstums kamen und weiterhin am Rande der Gesellschaft stehen, in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Hierbei sind Bildung und berufliche Qualifikationen entscheidende Faktoren. Es zeigt sich, dass neben staatlichen auch zunehmend nicht-staatliche privatwirtschaftliche Akteure in diesem Bereich engagiert sind. So wurde

etwa auf Initiative von Unternehmen das ‚Employers Forum‘ gegründet. Das ‚Employers Forum‘ ist eine private Institution, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, (Langzeit-) Arbeitslose durch Bildung- und Ausbildungsmaßnahmen Chancen auf Arbeit zu geben. Fraglos bleibt es die Aufgabe des Staates, das oben benannte Problem anzugehen. Allerdings kann in diesem Bereich auch zunehmend auf die Ressourcen von Unternehmen zurückgegriffen werden, um die genannten Probleme effektiver in den Griff zu bekommen.

Inhalt

1.	Einleitung	1
2.	Der Nordirlandkonflikt	3
3.	Fördert der Frieden die Ökonomie?	8
4.	Festigt die Ökonomie den Frieden?	13
5.	Horizontale und vertikale Ungleichheit	19
6.	Zusammenfassung und Ausblick	26
7.	Literatur	30

1. Einleitung¹

Anfang März 2009 wurde die nordirische Gesellschaft von zwei blutigen Terroranschlägen erschüttert. Am Abend des 7. März töteten Mitglieder der Real IRA zwei britische Soldaten. Nur wenige Tage darauf ermordeten Anhänger der Continuity IRA einen nordirischen Polizisten. Beide Terrororganisationen sind radikale Splittergruppen der Irish Republican Army IRA, die den Friedensschluss in Nordirland nicht anerkennen und weiterhin einen bewaffneten Kampf mit dem Ziel der Wiedervereinigung Nordirlands mit der Republik Irland führen.

Trotz dieser schlimmsten Anschläge seit über zehn Jahren ist der Friedensprozess in Nordirland bisher relativ erfolgreich verlaufen. Nach nunmehr 40 Jahren kann der gewaltsame Konflikt in Nordirland als beendet bezeichnet werden, und die Menschen in Nordirland leben heute in den friedlichsten Zeiten seit dem Ausbruch der Gewalt in den späten 1960er Jahren.

Auf der einen Seite wird häufig argumentiert, dass es einen ausgeprägten Zusammenhang zwischen dem Friedensprozess und der wirtschaftlichen Entwicklung in Nordirland gibt. Vertreter aus Wirtschaft und Politik haben in einer ganzen Reihe von Stellungnahmen darauf verwiesen, dass Frieden eine grundlegende Bedingung für einen ökonomischen Aufschwung sei. Mit dem einsetzenden Friedensprozess seit Beginn der 1990er Jahre und dem Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien im Jahr 1994 hat sich in Nordirland in der Tat ein bemerkenswerter wirtschaftlicher Aufschwung eingestellt. Auch der formale Friedensschluss von 1998 und die aktuell erstmalige Situation der Selbstverwaltung unter einer politisch stabilen Regierungskoalition zwischen den ehemals verfeindeten Parteien in Nordirland scheinen wichtige Rahmenbedingungen für Investitionen und wirtschaftliches Wachstum zu sein.

Auf der anderen Seite hat sich der Friedensprozess parallel zum wirtschaftlichen Aufschwung verfestigt. Viele Beobachter sehen daher auch einen Zusammenhang in umgekehrter Richtung. Die Verfechter dieser These gehen davon aus, dass sich die einsetzende ökonomische Prosperität positiv auf den Friedensprozess in Nordirland auswirkt. Das zentrale Argument lautet, dass die steigenden Investitionen und die damit einhergehende Schaffung von Arbeitsplätzen probate Mittel seien, um den Friedensprozess weiter voranzutreiben und zu festigen. Begründet wird diese Annahme damit, dass aufgrund der ökonomischen Prosperität, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der damit einhergehenden Vermehrung des individuellen Wohlstandes eine wichtige Motivation für die Anwendung von Gewalt weggefallen sei und somit Nordirland die Chance habe, auf eine friedlichere Gesellschaft zuzusteuern. Hierzu bemerkte etwa der ehemalige britische Premierminister John Major:

1 Meinen Kolleginnen Susanne Fischer, Moira Feil, Carmen Wunderlich sowie meinen Kollegen Peter Kreuzer, Berthold Meyer, Bernhard Moltmann, Klaus Dieter Wolf und Jonas Wolff verdanke ich die überaus konstruktive Kommentierung einer früheren Version dieses Reports; Heide Rinnert habe ich für die gründliche redaktionelle Durchsicht zu danken.

„[P]eace will give a massive boost to Northern Ireland's economy. Equally, the chance of more prosperity, more jobs, better security for families, must be the most powerful incentive for peace“ (John Major, zitiert in Shirlow 1997: 136).

Aus dieser doppelten Perspektive fördern Frieden und ökonomische Entwicklung einander gegenseitig: In einem ersten Schritt folgt ökonomische Prosperität dem Frieden auf dem Fuße, während diese positive wirtschaftliche Entwicklung wiederum den Frieden stärkt.

In diesem Report wird die These vom wechselseitigen Zusammenspiel zwischen Ökonomie und Frieden näher beleuchtet. Die Fragestellung ist somit eine doppelte: Erstens, besteht zwischen dem einsetzenden Friedensprozess und dem ökonomischen Aufschwung tatsächlich ein ursächlicher Zusammenhang? Und zweitens, wie wirkt sich eine florierende Wirtschaft auf den Friedensprozess aus? Im Anschluss an diese zweite Frage sollen auch weitere Faktoren, die diese Beziehung beeinflussen, näher beleuchtet werden.

Es kann gezeigt werden, dass sich der Zusammenhang zwischen Frieden und ökonomischer Prosperität im Fall von Nordirland bestätigt. Ein friedliches und politisch stabiles Umfeld ist eine grundlegende Bedingung für Unternehmen, um Investitionen zu tätigen. Gleiches gilt für die Wirkung ökonomischer Entwicklung auf den Frieden. Die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen ihre politischen Ziele mit Gewalt durchsetzen, wird umso geringer, je größer die individuellen Aussichten auf materiellen Wohlstand sind. Allerdings ist dieser Zusammenhang nicht voraussetzungslos und es müssen noch andere Bedingungen zum Tragen kommen: Erst wenn die ökonomischen Güter in einer horizontalen Dimension, zwischen den Konfliktparteien, aber auch in einer vertikalen Dimension, d.h. parteienübergreifend zwischen sozialen Schichten, fair verteilt werden, kann sich die friedenskonsolidierende Wirkung ökonomischer Prosperität voll entfalten.

Im folgenden Abschnitt werden in der gebotenen Kürze der Nordirlandkonflikt, der Friedensprozess und die Auswirkungen des Konflikts auf die nordirische Wirtschaft beschrieben (2). Daran anschließend widmet sich der dritte Abschnitt der ersten Frage, ob die wirtschaftliche Entwicklung in Beziehung mit dem einsetzenden Friedensprozess seit Mitte der 1990er Jahre steht (3). Im vierten Teil wird die zweite Frage diskutiert, nämlich inwieweit sich die florierende wirtschaftliche Situation auf den Friedensprozess auswirkt (4). Die Diskussion über diesen Zusammenhang zeigt, dass spezifische Kontextfaktoren beachtet werden müssen, um diese Wirkung zur Entfaltung zu bringen (5). Abschließend werden die Antworten auf beide Fragen zusammenfassend dargestellt und die Ergebnisse kritisch beleuchtet (6).

2. Der Nordirlandkonflikt

2.1 Der Konflikt und der Friedensprozess

Der Begriff Nordirlandkonflikt – oftmals verharmlosend auch als ‚Troubles‘ bezeichnet – beschreibt die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen zwei rivalisierenden Gemeinschaften, die sich um den politischen Status von Nordirland sowie über politische, soziale und ökonomische Fragen streiten (Mac Ginty/Darby 2002: 11; Moltmann 2002: 2; Kandel 2005: 36). Die zentrale Konfliktursache beschreibt Guy Ben-Porat als „the existence of two competitive communities in the same territory whose differing views concern the legitimacy of the state and its boundaries“ (Ben-Porat 2006: 202). Auf der einen Seite steht das irisch-stämmige katholisch-republikanisch-nationalistische Lager, auf der anderen Seite das von britischen und schottischen Siedlern abstammende protestantisch-unionistisch-loyalistische Lager. Bei dem Konflikt in Nordirland handelt es sich jedoch nicht um einen Religionskonflikt. Gleichwohl definieren sich die beiden Konfliktlager über ihre Zugehörigkeit zu den beiden Konfessionen (Kandel 2005: 22-32).

Laut Zensus von 2001 leben in Nordirland knapp 1,7 Mio. Menschen, davon rechnen sich 44% der katholischen und 53% der protestantischen Gemeinschaft zu.² Der Konflikt wird von beiden Seiten unterschiedlich wahrgenommen. Während die katholische Seite nach Gleichheit in politischen und sozio-ökonomischen Fragen und langfristig nach einer Wiederherstellung der Einheit Irlands strebt, möchte die protestantische Seite ihre privilegierte ökonomische Situation und den Verbleib Nordirlands im Vereinigten Königreich sichern.

Hinsichtlich politischer Fragen streiten sich die beiden Gemeinschaften um den konstitutionellen Status von Nordirland. Die protestantische Seite nimmt sich selbst als britisch wahr und kämpft für eine weiterhin enge Einbindung Nordirlands in das konstitutionelle Gefüge des Vereinigten Königreichs. Die protestantische Gemeinschaft hat sich in zwei Lager gespalten: Loyalisten und Unionisten. Auf Seiten der Loyalisten wurden verschiedene paramilitärische Organisationen gegründet, die Terroranschläge auf die katholische Gemeinschaft verübten. Die unionistische Seite vertritt ihre politischen Interessen durch die Democratic Ulster Party, die sich strikt für den Status quo Nordirlands einsetzt. Die ebenfalls unionistische Ulster Unionist Party setzt sich auch für eine enge Bindung Nordirlands an Großbritannien ein, ihre Positionen sind jedoch moderater und pragmatischer.

Das Ziel der irisch-stämmigen katholisch-nationalistisch-republikanischen Gemeinschaft hingegen ist die Wiedervereinigung Nordirlands mit der Republik Irland. Sie betrachten den britischen Einfluss in Nordirland als nicht legitim. Die Frage, wie die Ziele der Gleichstellung und der Wiedervereinigung Irlands erreicht werden können, spaltet

2 Die Daten des Zensus von 2001 finden sich unter www.nisranew.nisra.gov.uk/census (14.10.2009).

die katholische Gemeinschaft ebenfalls in zwei Lager: Nationalisten und Republikaner. Auf der politischen Ebene werden die Republikaner durch die Partei Sinn Féin vertreten, die für die Wiedervereinigung Irlands und die Loslösung von Großbritannien eintritt. Während des gewaltsamen Konflikts kämpften auf republikanischer Seite die Irish Republican Army (IRA) und einige ihrer Splitterorganisationen, deren Programm ein bewaffneter ‚nationaler Befreiungskampf‘ war. Die nationalistische Seite artikuliert ihre politischen Interessen durch die Social Democratic and Labour Party, die ebenfalls für die Kernziele der katholischen Gemeinschaft eintritt, dabei allerdings einen deutlich moderateren Ton anschlägt. Die zentralen Unterschiede zwischen den gemäßigten und den radikalen Kräften auf beiden Seiten sind ihre ehemaligen Einstellungen zur Gewaltfrage und ihre Bereitschaft zur Kooperation mit dem jeweils anderen Lager.

Neben der Frage des politischen Status von Nordirland streiten sich die Konfliktparteien auch um die Verteilung sozialer und ökonomischer Güter. Nach der Teilung der Insel in Folge des Anglo-Irischen-Krieges 1920 in einen britischen Nordteil und die Republik Irland waren zwei Drittel aller Menschen im Norden Protestanten. Die protestantisch-unionistisch-loyalistische Gemeinschaft nutzte ihre Mehrheit, um in Nordirland ein politisches System zu installieren, das ihr die politische Macht und die privilegierte sozio-ökonomische Stellung sichern sollte. Durch die strukturelle Mehrheit der Protestanten wurde die katholisch-irische Minorität in sozialen und ökonomischen Belangen marginalisiert und diskriminiert. Dies manifestierte sich in erster Linie in ungleichen Zugangschancen zum Arbeitsmarkt und einem Ungleichgewicht in der Verteilung von besser bezahlten Arbeitsplätzen (Heaton/Teague 1997; Osborne/Shuttleworth 2004a).³

Die andauernde Diskriminierung der katholischen Minderheit in Nordirland rief Ende der 1960er Jahre massive Kritik auf den Plan. Von katholischen Bürgerrechtsaktivisten wurde 1967 die Northern Irish Civil Rights Association (NICRA) gegründet. Die Bürgerrechtsinitiative engagierte sich für die Gleichstellung der katholischen Bevölkerung und die Abschaffung jeglicher Diskriminierung. Konkret ging es um die Sicherung eines allgemeinen und gleichen Wahlrechts, die Neuordnung der Wahlkreise und die faire Verteilung von Wohnraum und Arbeitsplätzen. Diese Wahrnehmung von Ungleichheiten wurde von dem protestantischen Lager nicht geteilt. Gerade in der protestantischen Unterschicht, deren materielle Lage oftmals nicht besser war, stießen die Klagen der Katholiken auf Unverständnis. Aus protestantisch-loyalistischer Perspektive wurde die Bürgerrechtsbewegung als nationalistische Marionette interpretiert, um die Vereinigung Nordirlands mit der Republik unter dem Deckmantel der Bürgerrechte zu erreichen. Zu Beginn des Jahres 1969 wurde von katholischen Bürgerrechtsaktivisten ein Marsch von Belfast nach (London-)Derry⁴ abgehalten, um auf die schlechte Situation der

3 Die massive Benachteiligung der Katholiken zu Beginn des Konflikts, etwa in den Bereichen Bildung, der Vergabe von Wohnungen oder der Besetzung von Arbeitsplätzen, konnte bis heute deutlich vermindert werden (vgl. Breen 2000; Stewart 2001: 25-27).

4 Von der unionistischen Gemeinschaft wird die Bezeichnung Londonderry bevorzugt, während Mitglieder der nationalistischen Seite die Stadt Derry nennen.

katholischen Gemeinschaft in Nordirland aufmerksam zu machen. Während dieses Marsches kam es zu Angriffen durch protestantische Loyalisten, unterstützt von der nordirischen Polizei, die mehrheitlich von Mitgliedern der protestantischen Gemeinschaft besetzt war. Weiteren gewaltsamen Aufeinandertreffen folgten im August 1969 gewalttätige Auseinandersetzungen in (London-)Derry und Belfast, die den traurigen Beginn eines 30 Jahre dauernden bürgerkriegsähnlichen Konflikts in Nordirland darstellen sollten. Weil die nordirischen Polizeieinheiten allein nicht in der Lage waren, Sicherheit und Stabilität zu garantieren, wurden auf Anweisung der britischen Regierung mehrere tausend Soldaten nach Nordirland verlegt. Die britischen Militäreinheiten erwiesen sich in ihrem Verhalten als parteiisch zugunsten der Protestanten und wurden schnell zum Feindbild der katholisch-republikanischen Gemeinschaft. Bereits kurze Zeit nach den ersten Auseinandersetzungen eskalierte die Gewalt und es kam zu offenen Gefechten zwischen den bewaffneten Gruppen beider Seiten.

Die blutigen Auseinandersetzungen in Nordirland in der Zeit von 1969 bis 1998 kosteten mehr als 3.000 Menschen das Leben, fast 40.000 wurden verwundet – zwei Drittel aller Opfer waren Zivilisten. Zu diesen Zahlen kommt eine nur schwer schätzbare Anzahl von Gewaltverbrechen hinzu, die in direktem Zusammenhang mit dem Konflikt steht.⁵

Anfang der 1990er Jahre wurden erste wichtige Schritte für einen Friedensprozess unternommen.⁶ Dieser erwies sich allerdings als eine sehr langwierige Entwicklung. Erstens dauerte es sehr lange, bis sich die Konfliktparteien auf ein tragbares Friedensabkommen einigen konnten. Zweitens war wiederum sehr viel Zeit nötig, um das ausgehandelte Abkommen zu implementieren. So verwundert es auch nicht, dass der eigentliche Beginn des Friedensprozesses von unterschiedlichen Beobachtern auch unterschiedlich datiert wird (Hancock 2008: 203). Viele Beobachter sehen den Beginn des Friedensprozesses bereits Mitte der 1980er Jahre. Seit diesem Zeitpunkt gab es mit dem Anglo-Irish Agreement (1985), der Downing Street Declaration (1993) und dem so genannten Framework Document (1995) eine ganze Reihe von Abkommen und Vereinbarungen, um den Nordirlandkonflikt beizulegen. Ein zentrales Ereignis für den Friedensprozess war der Waffenstillstand der IRA 1994, dem sich daraufhin auch die loyalistischen paramilitärischen Organisationen angeschlossen haben.

1998 schien mit dem Belfast- oder Karfreitags-Abkommen der Durchbruch zur Befriedung erreicht. In dem Abkommen einigten sich die Konfliktparteien auf eine neue Form der Herrschaftsordnung, die die politische Machtteilung und Gleichberechtigung

5 Die Zahlen basieren auf der Statistik der nordirischen Polizei, Police Service of Northern Ireland und können unter www.psn.police.uk/index/updates/updates_statistics/updates_security_situation_and_public_order_statistics/updates_cy_security_situation_and_public_order_statistics-2.htm (8.10.2009) eingesehen werden. Allerdings tauchen in unterschiedlichen Studien leicht unterschiedliche Zahlen zu den Opfern auf (vgl. Smyth 2006: 6). Dieser Report stützt sich auf die offizielle Statistik der nordirischen Polizei. Die davon abweichenden Zahlen des „Human Cost Projects“ können unter <http://cain.ulst.ac.uk/issues/violence/cts/fay99.htm> eingesehen werden (22.7.2008).

6 Zur Geschichte des Friedensprozesses vgl. u.a. Mansergh (2006) und Kennedy-Pipe (2006).

zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen sichern sollte. Die beiden wesentlichen Ergebnisse des Abkommens waren erstens, dass sich die Konfliktparteien von der Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele und von ihren jeweiligen paramilitärischen Organisationen lossagten. Zweitens sollten politische Institutionen geschaffen werden, innerhalb derer die politischen Vertreter der Konfliktparteien im Rahmen eines konkordanzdemokratischen Systems Nordirland regieren sollten. Weitere zentrale Punkte des Abkommens sind u.a. die Anerkennung des Status quo von Nordirland durch die Regierungen von Großbritannien und der Republik Irland⁷, die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Nordirland und der Republik Irland in verschiedenen Politikfeldern und die Reformierung der nordirischen Polizei (vgl. Moltmann 2002: 8-19). Mit den Institutionen des Belfast-Abkommens wurde der Modus des Konflikts von einer gewaltsamen hin zu einer politischen Austragung mit gewaltfreien Mitteln gewandelt. Doch neben den Fortschritten, die durch das Belfast-Abkommen erreicht wurden, kamen alsbald auch Mängel zum Vorschein, da sich die praktische Implementierung als schwierig erwies (Moltmann 2007: 12-13). Insbesondere die Entwaffnung der IRA gestaltete sich problematisch. Durch die anhaltenden Querelen zwischen beiden Parteien über die konkrete Implementierung des Belfast-Abkommens kam die Arbeit der politischen Institutionen nicht in Gang. Das 1998 gewählte nordirische Parlament wurde bereits zwei Jahre später suspendiert und die Regierungsgeschäfte Nordirlands wurden durch London übernommen. Bis auf wenige kurze Unterbrechungen hielt dieser politische Zustand bis 2007 an. Obwohl der politische Fortschritt nur langsam vorankam, konnten wichtige Fragen im Bereich der Sicherheit entschieden werden. 2005 wurde der Prozess der Entwaffnung der IRA abgeschlossen und die Organisation sagte sich offiziell vom bewaffneten Kampf los.

Nach einigen Jahren der Stagnation initiierten die britische und die irische Regierung im Jahr 2006 das St. Andrews Agreement. Das Abkommen bestärkte die grundlegenden Prinzipien des Belfast-Abkommens und hatte zum Ziel, die politische Macht wieder nach Nordirland zu übertragen und eine neue nordirische Regierung zu schaffen. Im Frühjahr 2007 einigten sich Vertreter der sich ehemals diametral gegenüberstehenden Parteien, die unionistische Democratic Ulster Party und die republikanische Sinn Féin, auf die Bildung einer neuen, gemeinsamen Regierung. Darauf folgend wurde das nordirische Regionalparlament wieder eingesetzt und das Recht auf politische Selbstbestimmung wieder nach Nordirland übertragen.

2.2 Konflikt und Ökonomie

Im Sog der Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre geriet die nordirische Wirtschaft in einen schweren Abschwung und wurde von Beobachtern treffend als ‚Armenhaus-Ökonomie‘ bezeichnet (Rowthorn 1987: 117). Bis dahin war die Ökonomie Nordirlands

7 Das Abkommen sieht jedoch die Möglichkeit vor, den konstitutionellen Status Nordirlands im Rahmen einer Volksabstimmung zu einem späteren Zeitpunkt zu revidieren.

im Wesentlichen durch Landwirtschaft, Textil- und Schwerindustrie geprägt gewesen. Als Folge der Krise setzte in Nordirland ein Prozess der De-Industrialisierung ein. Ganze Industriezweige, wie die Schiffs- und Textilindustrie, die noch in den 1960er Jahren die Stütze der nordirischen Ökonomie waren, mehr als 30% aller Arbeitnehmer beschäftigten und Nordirland die höchsten Produktivitätsraten im Vereinigten Königreich bescherten (Bew et al. 1997: 88), starben aus. Nur noch massive Subventionen seitens der britischen Regierung konnten die nordirische Ökonomie am Leben erhalten. Zudem setzte London auf den Ausbau des öffentlichen Sektors, um den Abbau von Arbeitsplätzen im privaten Sektor teilweise zu kompensieren (Morrissey 2000: 142).

Aber nicht nur die schlechte makrowirtschaftliche Entwicklung, sondern auch der Konflikt in Nordirland hat nicht zu unterschätzende wirtschaftliche Schäden verursacht. Die direkten Kosten, welche die Gewalt in Nordirland verursachte, umfassten den Verlust von Menschenleben, die Zerstörung ökonomischer Infrastruktur sowie enorme Summen, die aus den öffentlichen Kassen in den Sicherheitsbereich investiert werden mussten (Friedman/Killick 1999: 327). Neben diesen unmittelbaren Kosten litt Nordirland ebenso unter indirekten Kosten, wie etwa dem Ausbleiben von Investitionen. Der Ruf von Nordirland war bei ausländischen Investoren aufgrund der anhaltenden Sicherheitsproblematik überaus schlecht. Zu diesem Problem bemerkte die nordirische Abteilung der britischen Industrie- und Handelskammer noch 2003:

„Northern Ireland does continue to suffer from a poor international image, and the damage to our reputation and profile of street violence, sectarianism and organized crime should not be underestimated“ (Confederation of British Industry - Northern Ireland 2003: 1).

Die Frage nach den konkreten Auswirkungen des Konflikts auf die Ökonomie kann nur schwer beantwortet werden. In der Debatte gibt es keine Einigkeit über die Gewichtung der einzelnen Faktoren (Bew et al. 1997: 87; Mac Ginty/Darby 2002: 125). Neben dem Konflikt selbst wirkten sich natürlich auch andere Faktoren auf die Wirtschaft Nordirlands aus. Hierzu zählten die bereits angesprochene Wirtschaftskrise der 1970er Jahre in Folge des Ölschocks, die Veränderungen der britischen und der globalen Wirtschaftssituation, die strukturelle Schwäche der nordirischen Ökonomie sowie das Absterben wichtiger Industriezweige. Aus einer methodischen Perspektive ist es unmöglich, den Wirkungsgrad dieser einzelnen Faktoren isoliert zu bestimmen. All diese Veränderungen zusammen haben sich zweifellos negativ auf die Entwicklung der nordirischen Wirtschaft ausgewirkt. Genauso klar ist jedoch auch, dass sich die Ökonomie ohne den gewaltsamen Konflikt besser entwickelt hätte (Mac Ginty/Darby 2002: 125; vgl. Morrissey 2000: 145). Obgleich eine genaue Bezifferung der entstandenen ökonomischen Schäden durch den Konflikt nur spekulativ sein kann, ist nicht von der Hand zu weisen, dass ein grundlegender Zusammenhang zwischen dem Konflikt und der schwachen ökonomischen Situation Nordirlands existierte (Institute for Multi-Track Diplomacy 1998: 11). Eine Untersuchung des Northern Ireland Economic Council (NIEC), welche sich mit der Entwicklung der nordirischen Wirtschaft im Vergleich zu ihren Nachbarökonomien befasste, bestätigt diese Vermutung (vgl. Mac Ginty/Darby 2002: 125). Laut dieser Studie wäre es in Nordirland unter den Bedingungen von politischer Stabilität und Frieden möglich gewesen, das Zwei- bis Vierfache der Arbeitsplätze zu schaffen, die faktisch entstanden sind. Die Arbeitslosigkeit in Nordirland

war im Vergleich zu den Nachbarregionen stets chronisch hoch (Morrissey 2000: 136; Mac Ginty/Darby 2002: 125). Im Jahr 1987 lag sie bei den Männern bei ca. 20%, während dieser Wert in England und Wales bei ca. 12% lag (The Portland Trust 2007: 7). Auch in der Entwicklung der Tourismuszahlen spiegelt sich der Zusammenhang zwischen dem Konflikt und einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung drastisch wider. Während im Jahr 1991 der Anteil der Ferientouristen an der Gesamtzahl der Reisenden in der Republik Irland 55% und in Schottland 43% ausmachte, betrug dieser Anteil in Nordirland lediglich 22% (Mac Ginty/Darby 2002: 125). Diese Differenz lässt sich sicherlich nicht damit erklären, dass Nordirland – etwa kulturell oder landschaftlich – für Ferientouristen weniger attraktiv ist. Noch im Jahr 1994 trugen die Einnahmen aus der Tourismusindustrie in der Republik Irland mit 7% zum Bruttoinlandsprodukt bei, während dieser Anteil in Nordirland bei lediglich 1,5% lag (Friedman/Killick 1999: 327).

Ein weiteres Problem ist die Entstehung einer Gewaltökonomie in Folge des Konflikts (Moltmann 2002: 29; Lock 2002: 284). Im Schatten des Konflikts entwickelte sich für die unmittelbar beteiligten Gewaltakteure eine solide wirtschaftliche und finanzielle Basis. Viele paramilitärische Organisationen setzten ihr Wirken im Rahmen dieser Gewaltökonomie fort. Drogenhandel, Zigarettenschmuggel, Schutzgelderpressung, Raub, Erpressung, Fälschung, Kraftstoffdiebstahl usf. zählen nunmehr zu den zentralen Einkommensquellen der paramilitärischen Organisationen auf beiden Seiten.

Während die Gewaltakteure vor dem Friedensschluss primär politisch motiviert handelten, haben sich die Ziele der paramilitärischen Organisationen hin zur organisierten Kriminalität verschoben. So kommt etwa die Independent Monitoring Commission⁸ in ihrer Einschätzung zur Loyalist Volunteer Force, einer loyalistischen paramilitärischen Organisation, zu folgendem Schluss: „[W]e believe the LVF is primarily a criminal concern and we do not think that it has any coherent political purpose“ (Independent Monitoring Commission 2006: 7). Auch für einige paramilitärische Organisationen auf katholisch-republikanischer Seite trifft diese Diagnose zu (Independent Monitoring Commission 2009: 7).

3. Fördert der Frieden die Ökonomie?

Die These, dass der nordirische Friedensprozess eine zentrale Bedingung für ökonomische Prosperität sei, wurde von Vertretern der britischen Wirtschaft Anfang der 1990er Jahre überaus prominent thematisiert. Im Jahr 1994 veröffentlichte die nordirische Abteilung der britischen Handelskammer ein Papier, in dem sich die Organisation zum ersten Mal dezidiert mit dem Konflikt in Nordirland auseinandersetzte. In dem Papier

8 Die Independent Monitoring Commission wurde im Rahmen des Belfast-Abkommens von 1998 installiert, um die Aktivitäten der paramilitärischen Organisationen beider Seiten, über die sie in halbjährlichen Berichten detailliert informiert, zu überwachen. Diese Berichte können unter www.independentmonitoringcommission.org (4.10.2009) eingesehen werden.

„Peace – A Challenging New Era“ entwickelte der Wirtschaftsverband eine ökonomische Sichtweise auf den Konflikt und analysierte dessen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung (Confederation of British Industry - Northern Ireland 1994). Neben den Kosten, die durch den Konflikt für die nordirische Wirtschaft entstanden, wurde auch die Möglichkeit ökonomischer Prosperität diskutiert, die eintreten könnte, falls es zu einer Befriedung des Konflikts käme. Aufgrund der prognostizierten Friedensdividende wurde das Papier der Industrie- und Handelskammer schnell als *Peace Dividend Paper* bekannt. Die Wirtschaftsvertreter argumentierten, dass die wirtschaftliche Entwicklung wegen des andauernden Konflikts gehemmt würde und die Situation nur verbessert werden könnte, indem die entsprechenden Rahmenbedingungen für die Unternehmen in Nordirland geschaffen und auf Dauer stabilisiert würden. Um diese Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Prosperität zu erreichen, sei es unbedingt notwendig, den Konflikt in Nordirland zu befrieden, um ein politisches und in der Folge auch wirtschaftlich stabiles Umfeld zu schaffen:

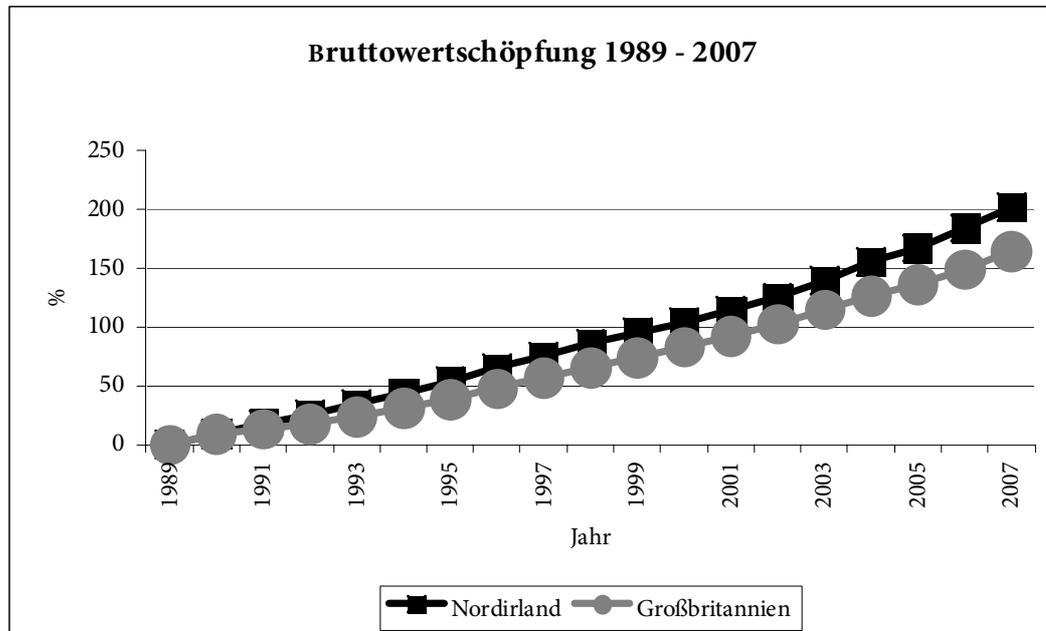
„This paper sets out CBI Northern Ireland’s view on what needs to be done to ensure that the Northern Ireland economy achieves accelerated growth and greater employment opportunities for all as a result of a permanent cessation of violence“ (Confederation of British Industry - Northern Ireland 1994: 1).

Zwei Entwicklungen werden als direkte Folge des Konflikts erkannt: die schwache wirtschaftliche Entwicklung und die immens hohen öffentlichen Sicherheitsausgaben. Eine Befriedung des Konflikts könne somit erstens die Grundvoraussetzung für eine wirtschaftliche Regeneration darstellen und zum Zweiten immense Einsparungspotentiale für die britische Staatskasse im Sicherheitsbereich nach sich ziehen. Dadurch wäre es möglich, die öffentlichen Gelder, welche im Sicherheitssektor eingespart werden können, für Projekte sozialer und wohlfahrtsstaatlicher Politik einzusetzen.

Die Annahme, dass ein politisch stabiles und friedliches Umfeld eine grundlegende Bedingung für erfolgreiches Wirtschaften darstellt, erscheint plausibel. Nur in einem stabilen Umfeld haben Unternehmen die nötige Sicherheit, um langfristige Planungen anstellen zu können (Ballentine/Nitzschke 2004: 39; Ganser 2004: 69). Ist die soziale und politische Umwelt von Unternehmen hingegen aufgrund politischer Unsicherheit, durch Krisen oder Gewalt von hoher Instabilität geprägt, kann sich das unmittelbar auf den ökonomischen Erfolg und die Investitionsbereitschaft auswirken. Dieser Zusammenhang wurde in Nordirland besonders deutlich. Mit dem einsetzenden Friedensprozess und der nachhaltigen politischen Konsolidierung Nordirlands drehten sich die Vorzeichen, die bislang einer florierenden Wirtschaft im Wege standen. Als der Friedensprozess Anfang der 1990er Jahre in Gang kam und als nach dem Waffenstillstand von 1994 die Waffen auf beiden Seiten nach langer Zeit erstmals nachhaltig schwiegen, schienen sich die Thesen der nordirischen Abteilung der britischen Industrie- und Handelskammer zu bestätigen. Die nordirische Wirtschaft legte kräftig zu, es wurden große Summen an ausländischen Direktinvestitionen getätigt und viele neue Arbeitsplätze geschaffen.

Graphik 1 zeigt die relative Bruttowertschöpfung⁹ für Nordirland und Großbritannien für den Zeitraum 1989 bis 2007 im Vergleich.¹⁰

Graphik 1



Quelle: Office for National Statistics, Großbritannien

Deutlich wird, dass sich die nordirische Wirtschaft seit Beginn der 1990er Jahre deutlich stärker entwickelte als das gesamte Vereinigte Königreich.¹¹ In dem Zeitraum von 1989 bis 2007 wuchs die nordirische Wirtschaft um 200%, knapp 40% stärker als der britische Durchschnitt. Im Vergleich zu einzelnen Nachbarregionen fällt dieses überdurchschnittliche Wachstum noch deutlicher aus. Die nordirische Wirtschaft entwickelte sich in dem betrachteten Zeitraum um 53% besser als die schottische und um über 74% besser als die

9 Die Bruttowertschöpfung bezeichnet den Gesamtwert der produzierten und erzeugten Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Werts der im Produktionsprozess verarbeiteten Waren und Dienstleistungen.

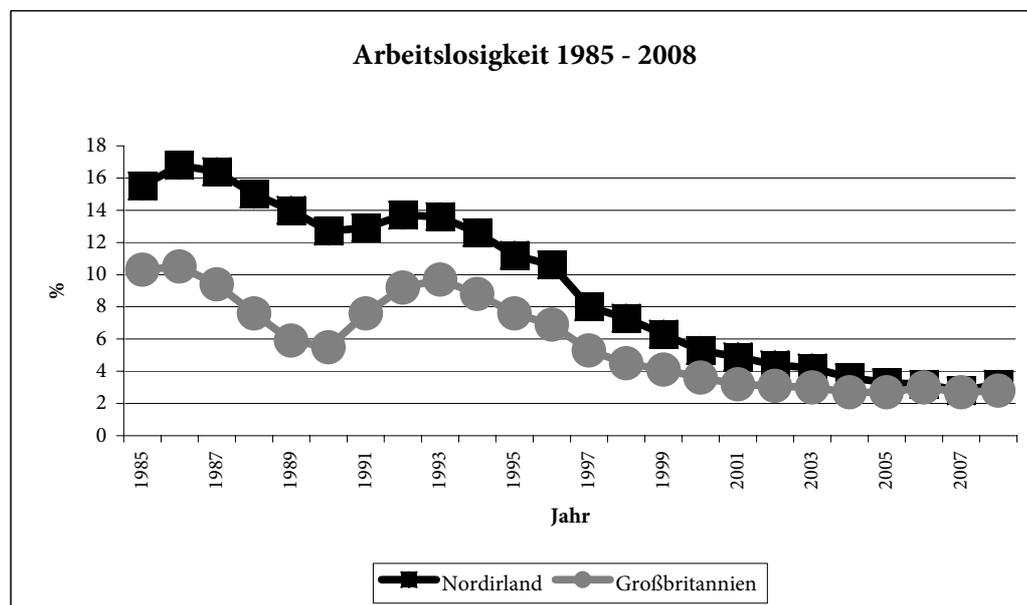
10 Die Zahlen wurden für das Jahr 1989 auf ‚Null‘ zurückgesetzt, um ab da die relative Entwicklung zu betrachten.

11 Auch wenn ein Vergleich der Wirtschaftsleistung Nordirlands mit dem natürlichen Nachbarn, der Republik Irland, nahe liegt, wäre ein solcher an dieser Stelle nicht sonderlich aussagekräftig. In dem betrachteten Zeitraum entwickelte sich die Wirtschaft der Republik Irlands überdurchschnittlich stark, was dem Land – in Anlehnung an die Tigerstaaten in Asien – schnell den Begriff ‚Keltischer Tiger‘ einbrachte. Allein in dem Zeitraum zwischen 1991 und 1996 wuchs das irische Bruttoinlandsprodukt um gut 30% – dreimal stärker als in Nordirland (Department of Economic Development 1999: 58). Insofern macht es an dieser Stelle keinen Sinn, den ‚Sonderfall‘ der Republik Irland als Maßstab für die Entwicklung der nordirischen Wirtschaft heranzuziehen.

walisische Wirtschaft.¹² Diese Zahlen gewinnen vor allem dann an Erklärungswert, wenn man sich den traditionellen Stellenwert der nordirischen Ökonomie im britischen Wirtschaftsgefüge vor Augen hält. Historisch betrachtet war die nordirische Wirtschaft die schwächste Region in Großbritannien und lag in ihrer ökonomischen Entwicklung stets unter dem britischen Durchschnittswert (vgl. Morrissey 2000: 136).

Noch deutlicher zeigt sich die überdurchschnittliche Entwicklung der nordirischen Wirtschaft, wenn man die Arbeitslosenquote in Nordirland betrachtet. Graphik 2 zeigt die prozentuale Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Nordirland und Großbritannien für den Zeitraum von 1985 bis 2008.

Graphik 2



Quelle: Department of Enterprise, Trade and Investment Northern Ireland

1985 war die Arbeitslosenquote in Nordirland noch mit 16% die höchste im Vereinigten Königreich und lag mehr als 5% über dem britischen Durchschnitt. Bis 1990 fallen beide Werte, steigen jedoch in den frühen 1990er Jahre wieder an. Ab 1993 sinken die Arbeitslosenzahlen wieder; der Trend für Nordirland beschleunigt sich in den Folgejahren jedoch deutlich stärker als in Großbritannien. Auch im Jahr 1993 lag Nordirland mit 14% noch an der Spitze der Arbeitslosenstatistik für Großbritannien. Aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs und dem damit einhergehenden Zugewinn an Arbeitsplätzen ging dieser Wert bis 2008 um über 10 Prozentpunkte auf 3,2% zurück und liegt somit mittlerweile auf dem Niveau des Durchschnittswertes für Großbritannien. Im Vergleichszeitraum ist die Arbeitslosenquote im britischen Durchschnitt um lediglich

¹² Die verwendeten Daten finden sich unter www.statistics.gov.uk/Statbase/Product.asp?vlnk=14650 (3.10.09). Die Zahlen für 2007 lagen zum Zeitpunkt der Erhebung nur auf provisorischer Basis vor.

knapp 7% zurückgegangen. Insbesondere der Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen, vor allem aus den USA, führte zu einem rapiden Rückgang der Arbeitslosigkeit in Nordirland (The Portland Trust 2007: 5). In den Jahren 1994 bis 1999 investierten US-amerikanische Unternehmen 1,9 Milliarden USD in die nordirische Wirtschaft; 1999 waren Unternehmen aus den USA für zwei Drittel aller ausländischen Direktinvestitionen verantwortlich und beschäftigten 10% aller Angestellten in der verarbeitenden Industrie (vgl. Mac Ginty/Darby 2002: 129).

Von Januar 2002 bis März 2007 investierten ausländische Investoren 1,5 Milliarden USD in Nordirland und schufen dadurch fast 10.000 Arbeitsplätze. Auch für diesen Zeitraum waren die USA für drei Viertel aller Direktinvestitionen verantwortlich (Department of Enterprise, Trade and Investment 2008: 24). Alle Indikatoren zeigen, dass sich die nordirische Wirtschaft seit Beginn der 1990er Jahre sehr stark entwickelt hat und hinsichtlich der Bruttowertschöpfung und dem Rückgang der Arbeitslosenquote eine bessere Entwicklung aufwies als der britische Durchschnitt.

Die außergewöhnlich starke wirtschaftliche Entwicklung machte sich in erster Linie in der nordirischen Hauptstadt Belfast bemerkbar. Aufgrund des beachtlichen Aufschwungs wurde Belfast im Jahr 2004 zur „UK city of the future“ gewählt. Die Pro-Kopf Bruttowertschöpfung in Belfast stieg in den Jahren 1995 bis 2001 um 55%, und die Wirtschaft in Belfast wuchs schneller als in den meisten Städten in Großbritannien. Allein im Fiskaljahr 2003/04 wurden in Belfast ausländische Direktinvestitionen in Höhe von 188 Millionen Euro getätigt (Foreign Direct Investment 2004).

Allerdings treten bei dem Versuch einer konkreten Messung des Wirkungszusammenhangs zwischen Frieden und ökonomischem Aufschwung die gleichen Probleme auf, die bei der Erhebung des umgekehrten Verhältnisses zu beachten sind. Der einsetzende Friedensprozess war nicht die alleinige – wenn auch die gewichtigste – Ursache für den Wirtschaftsaufschwung seit Beginn der 1990er Jahre. Weitere Gründe sind sicherlich das heftige Wachstum in der Republik Irland sowie Gelder, die im Rahmen von Friedens- und Strukturprogrammen seitens der Europäischen Union nach Nordirland geflossen sind.¹³ Auch hier ist es unmöglich, den konkreten Einfluss der einzelnen Faktoren isoliert zu bemessen. Allerdings ist offensichtlich, dass ohne die Wirkung der Friedensdividende die ökonomische Entwicklung und der Rückgang der Arbeitslosigkeit deutlich geringer ausgefallen wären (vgl. Mac Ginty/Darby 2002: 135). Zu dem positiven Einfluss des Friedensschlusses auf die ökonomische Situation bemerkt der Geschäftsführer der regionalen Vertretung eines Schweizer Logistikunternehmens in Belfast:

„[T]he post-conflict honeymoon has been beneficial to everyone because there is now investment in the region. [...] All local employers have benefited, all local employees have

13 Der Friedensprozess in Nordirland wurde seitens der Europäischen Union mit Transfer- und Aufbauprogrammen flankiert. Unmittelbar nach dem Waffenstillstand 1994 wurde von der EU ein mehr als fünf Jahre andauerndes Förderprogramm zu Frieden und Versöhnung für Nordirland aufgelegt. Im Rahmen dieses Programms sind seit 1994 über 2 Milliarden Pfund nach Nordirland geflossen; weitere 280 Millionen Pfund wurden bis 2013 zugesagt. Darüber hinaus kommt die Region in den Genuss von Fördergeldern aus den EU-Strukturfonds in Höhe von 325 Millionen Pfund (Moltmann 2007: 19-20).

benefited in one way or another, the whole of the community has benefited because the conflict here is now technically at an end. [...] The cessation of troubles has been nothing but positive for everyone. You can feel it – the whole place here is very vibrant, tourists are coming here now, where people would not have dreamt coming five years ago. You can walk down the street in Belfast now and you can hear an American accent, you can hear a Chinese accent, a Polish accent, a German accent, an English accent, whatever, it is much more cosmopolitan than it was five years ago“ (Interview des Autors in Belfast am 13.11.2007 mit Leigh Baldwin, Kuehne + Nagel. Die Interviews wurden im Rahmen einer Feldforschung in den Jahren 2007 und 2008 durchgeführt.).

Erstes Zwischenfazit

In einem ersten Zwischenfazit kann also ein positiver Zusammenhang zwischen Frieden und ökonomischer Entwicklung bestätigt werden. Der einsetzende Friedensprozess zu Beginn der 1990er Jahre, der Waffenstillstand der IRA und der loyalistischen paramilitärischen Organisationen 1994, der formale Friedensschluss durch das Belfast-Abkommen von 1998 und die stabile politische Situation waren wesentliche Bedingungen für den daraufhin einsetzenden ökonomischen Aufschwung. Diese neuen Rahmenbedingungen lieferten die entscheidenden Impulse für Investoren, immense Summen in Nordirland zu investieren, die den Boden für einen starken und nachhaltigen ökonomischen Aufschwung bereiteten. Insgesamt kann somit die These, dass ein friedliches und politisch stabiles Umfeld eine wichtige Bedingung für ökonomische Prosperität ist, im Fall Nordirland bestätigt werden.

4. Festigt die Ökonomie den Frieden?

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt ein Zusammenhang zwischen Frieden und ökonomischer Prosperität konstatiert werden konnte, soll nun der Frage nachgegangen werden, ob auch ein Wirkungszusammenhang in der Gegenrichtung besteht. Wirkt sich die ökonomische Prosperität positiv auf den nordirischen Friedensprozess aus? Und falls ein solcher Zusammenhang festgestellt werden kann, welche Anforderung muss diese Prosperität erfüllen?

Die Erkenntnis, dass sich wirtschaftliche Wohlfahrt positiv auf den Frieden auswirkt, ist nicht neu. Die liberale Schule, deren intellektuelle Wurzeln zu den Philosophen Montesquieu und Kant zurückreichen, betonte stets den Wirkungszusammenhang zwischen Handel, ökonomischer Entwicklung und Frieden (Koerber/Fort 2008: 213). Ein weiterer Forschungsstrang, der sich mit den Auswirkungen der Ökonomie auf den Frieden auseinandersetzt, findet sich in der Politischen Ökonomie (etwa Gissinger/Gleditsch 1999; Siegelberg 1994). Auch in der Literatur zu *Peacebuilding* sowie in der Forschung zur Rolle von Unternehmen in Konfliktzonen wird der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Frieden immer wieder betont (vgl. Oberschall 2007: 227ff; Haufler 2001: 665). In diesem Verständnis wirken sich wirtschaftliches Wachstum und die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit positiv auf den Frieden aus (mit

weiterführenden Referenzen Honaker 2008: 2).¹⁴ Somit ist ein Beitrag zu ökonomischem Wachstum immer – zumindest mittelbar – auch ein Beitrag zur Gewaltreduktion (Fort 2007: 19). Aus dieser Perspektive leisten Unternehmen, quasi automatisch als Nebenprodukt des Wirtschaftens, Beiträge zum Frieden. Auch wenn ihr alltägliches Geschäft nicht den Frieden selbst zum Ziel hat, sondern die Generierung von Profit, trägt es einen wichtigen Teil zum Frieden bei. Ökonomischer Fortschritt schafft neue Arbeitsplätze, neue individuelle Möglichkeitsräume und gibt dadurch vielen Menschen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft (Fort/Schipani 2004; Koerber/Fort 2008). Damit geht zugleich die Erwartung einher, dass die Motivation Gewalt auszuüben geringer wird. Hierzu Wenger und Möckli:

„With little or no economic opportunity, people in conflict-affected countries lack the prospect of a better future that is so important for convincing them of the benefits of peace. The absence of prosperity and employment often brings about much discontent and extremism, which diminishes the chances of preventing the outbreak or recurrence of violence“ (Wenger/Möckli 2003: 6-7).

Auch im konkreten Fall von Nordirland wurde das Argument, wonach sich ökonomische Prosperität auf den Frieden auswirkt, vielfach vertreten. Über einen Zeitraum von nunmehr 40 Jahren lässt es sich in der wissenschaftlichen und der politischen Diskussion regelmäßig wiederfinden. So bemerkte bereits 1969, dem Jahr, in dem der gewaltsame Konflikt in Nordirland ausbrach, der damalige nordirische Premierminister Terence O’Neill:

„If you give Roman Catholics a good job and a good house, they will live like Protestants, because they will see neighbours with cars and television sets“ (Terence O’Neill, zitiert in McGarry/O’Leary 1995: 265).

Im Jahr 1989 äußerte sich der Minister des britischen Nordirlandministeriums, Richard Needham, dazu wie folgt:

„If work can be found for 10,000 unemployed boys in west Belfast, ... that in itself will do more to impact on the political and security areas than anything else“ (Richard Needham, zitiert in McGarry/O’Leary 1995: 265).

2008 fand in Belfast eine Investmentkonferenz statt, die vom amtierenden Bürgermeister von New York, Michael Bloomberg, eröffnet wurde. In seiner Rede bemerkte er kurz und bündig: „There has never been a greater force for peace than equal economic opportunity“ (Michael Bloomberg)¹⁵. In die gleiche Richtung kommentierte der Belfast Telegraph:

„The right economic conditions helped Northern Ireland heal the worst of its problems, and it's vital that balm continues. Our warring factions have buried the hatchet – verifiably, and under concrete – but animosity still runs deep in society. Common economic goals can help us overcome that“ (Belfast Telegraph 2008).

14 Ein ähnliches Argument findet sich für die zwischenstaatliche Ebene auch prominent in der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen (Keohane/Nye 2001) und besonders in der Debatte um den Demokratischen Frieden. Auch hier wird argumentiert, dass sich die ökonomischen Interdependenzen zwischen Demokratien auf ihre Friedfertigkeit untereinander auswirken (vgl. etwa Russett/Oneal 2001).

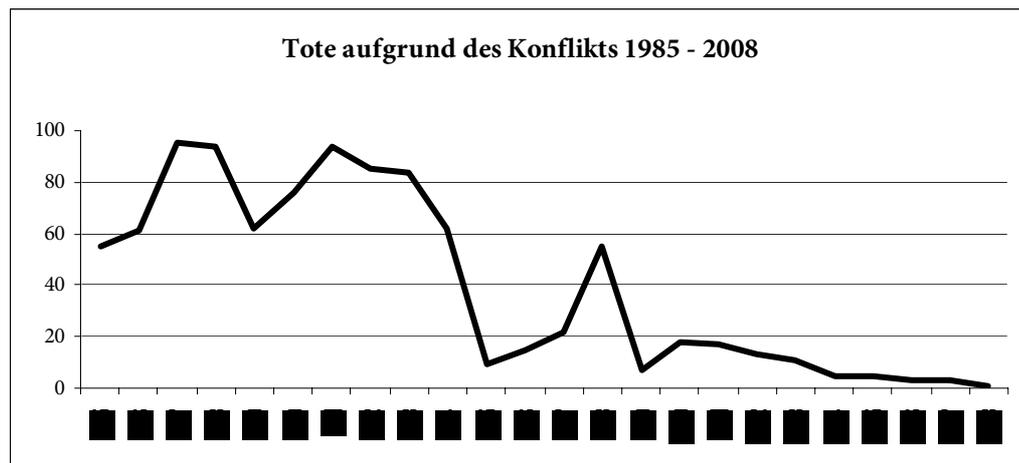
15 www.nyc.gov/portal/site/nycgov/menuitem.c0935b9a57bb4ef3daf2f1c701c789a0/index.jsp?pageID=mayor_press_release&catID=1194&doc_name=http%3A%2F%2Fwww.nyc.gov%2Fhtml%2Fom%2Fhtml%2F2008a%2Fpr174-08.html&cc=unused1978&rc=1194&ndi=1 (15.10.2009).

Auch für das Verhältnis von ökonomischer Prosperität auf den Frieden kann zumindest ein zeitlicher Zusammenhang festgestellt werden. Parallel zum ökonomischen Aufschwung hat die politische Gewalt – gemessen an der Anzahl der Getöteten – deutlich abgenommen. Allerdings zeigen die nachfolgenden Zahlen, dass die Gewaltentwicklung in Nordirland differenziert betrachtet werden muss. Dabei ist die Unterscheidung zwischen politisch motivierter und krimineller Gewaltanwendung bedeutsam.

Exkurs: Frieden und Gewalt in Nordirland

Auch wenn die heutige Zeit die friedlichste Phase seit dem Beginn des Nordirlandkonflikts in den späten 1960er Jahren ist, ergibt sich hinsichtlich der Gewaltentwicklung ein durchaus ambivalentes Bild. Im Verlauf des Friedensprozesses haben sich die Erscheinungsformen und die Qualität der Gewalt in Nordirland gewandelt (Kandel 2005: 414; Mac Ginty/Darby 2002: 17). Graphik 3 zeigt die Anzahl der aufgrund des Konflikts Getöteten für den Zeitraum 1985 bis 2008.

Graphik 3



Quelle: Police Service of Northern Ireland¹⁶

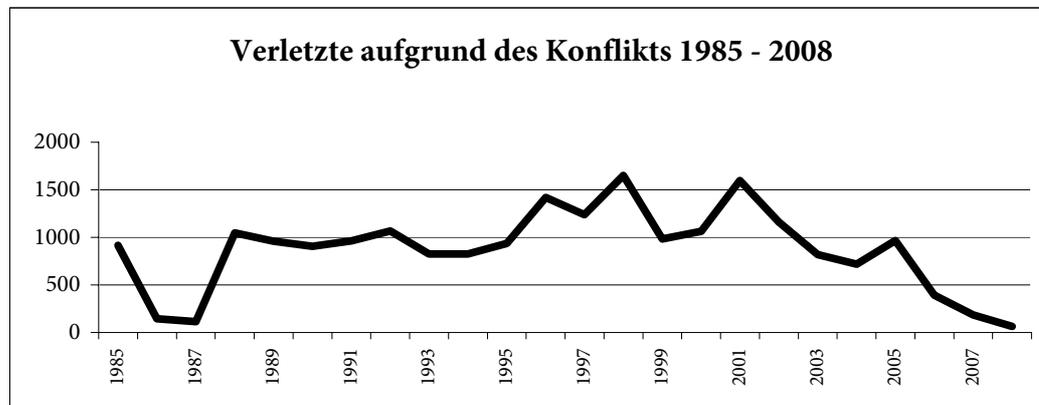
Sie bestätigt, dass die politisch motivierte Gewalt – gemessen an der Anzahl der Toten aufgrund des Konflikts – seit 1993 und dem Waffenstillstand der IRA und den loyalistischen paramilitärischen Gruppierungen 1994 stark rückläufig ist.¹⁷

¹⁶ Die Graphiken 3 - 5 basieren auf den offiziellen Zahlen der nordirischen Polizei (Quelle siehe Fußnote 5).

¹⁷ Ein trauriger Ausreißer in diesem Trend war der Bombenanschlag von Omagh. Um ihre Missbilligung des Belfastener Friedensabkommens von 1998 kundzutun, verübte die Real Irish Republican Army (RIRA) am 15. August des gleichen Jahres einen Terroranschlag in der nordirischen Kleinstadt Omagh, bei dem 29 Menschen ihr Leben verloren und über 200 verletzt wurden. Dieser Anschlag war, gemessen an der Anzahl der Opfer, der schwerste während des gesamten Gewaltkonflikts in Nordirland seit den späten 1960er Jahren.

Ein Blick auf die Zahl der Verletzten (Graphik 4) zeigt jedoch ein anderes Bild:

Graphik 4

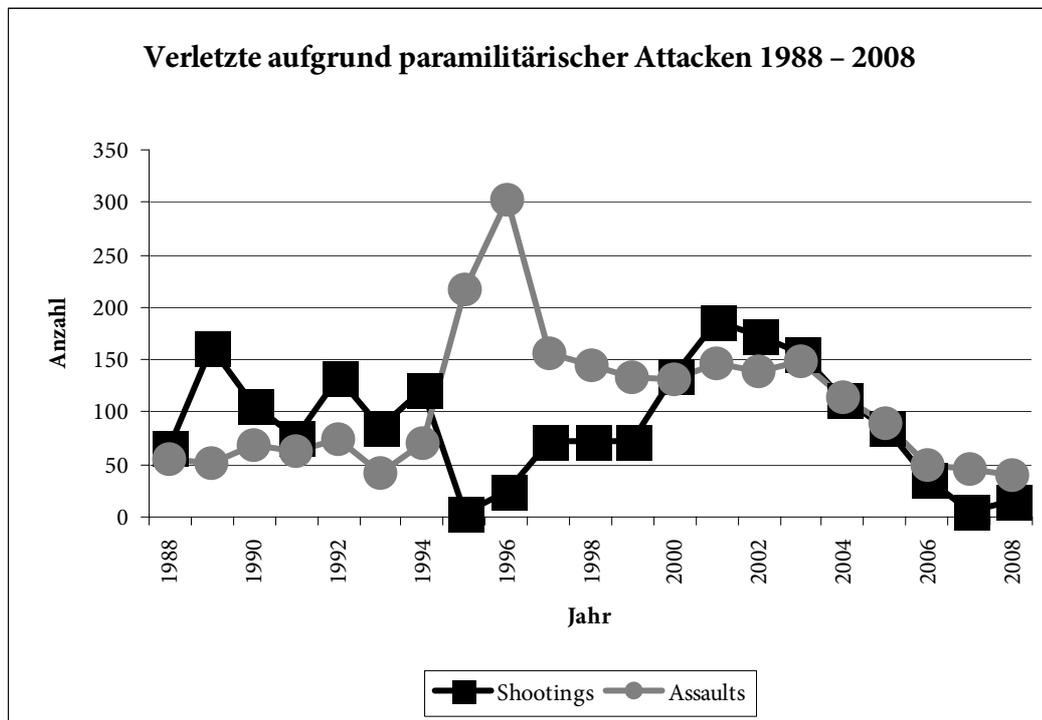


Quelle: Police Service of Northern Ireland

Die Zahl der aufgrund des Konflikts verletzten Personen verdoppelte sich zwischen 1994 und 1998, blieb dann auf hohem Niveau, und fiel nach 2001 deutlich ab.

Diese Schwankungen können in erster Linie durch die anhaltenden Aktivitäten der paramilitärischen Organisationen auf beiden Seiten und durch einen Wandel der Gewaltformen erklärt werden. Wie bereits in Abschnitt 2 beschrieben, hat sich in Nordirland eine Gewaltökonomie herausgebildet, deren Protagonisten Mitglieder paramilitärischer Organisationen sind. Um ihre Reviere abzustecken und ihren Einflussbereich zu sichern, werden auch gegenüber Mitgliedern der eigenen Community teils drakonische Strafaktionen (*Punishment Beatings*) durchgeführt. Graphik 5 zeigt die Entwicklung dieser Strafaktionen durch die paramilitärischen Organisationen seit 1988.

Graphik 5



Quelle: Police Service of Northern Ireland

Diese Gewaltdelikte werden in der Statistik der nordirischen Polizei als ‚Shootings‘ und ‚Assaults‘ aufgeführt. Unter ‚Shootings‘ werden Bestrafungsaktionen mit Schusswaffen verstanden. Unter ‚Assaults‘ versteht man Attacken mit Knüppeln, Baseballschlägern, Eisenstangen, usf. Seit dem einsetzenden Friedensprozess und dem Waffenstillstand 1994 kann kein genereller Trend der Abnahme der paramilitärischen Gewalttaten festgestellt werden.¹⁸ Trotz der anhaltenden paramilitärischen Gewalt, die erst seit 2001 kontinuierlich abnimmt, kann mit dem beginnenden Friedensprozess eine Abnahme der politischen Gewalt konstatiert werden.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die die Annahme, die ökonomische Entwicklung habe eine gewichtige Rolle im nordirischen Friedensprozess gespielt, untermauern. Auch in den Fördermaßnahmen der Europäischen Union für Nordirland (u.a. PEACE II) wird dieser Zusammenhang betont. Die Ziele der EU-Förderung sind erstens die Beseitigung der ‚Altlasten‘ des Konflikts und die Unterstützung von Projekten, welche die sozialen und ökonomischen Probleme, die aufgrund des Konflikts entstanden sind, beseitigen

¹⁸ Das auffällige Auseinanderdriften von ‚Shootings‘ und ‚Assaults‘ in dem Zeitraum zwischen 1994 und 1997 ist kein Zufall. Den paramilitärischen Gruppen auf beiden Seiten war bewusst, dass ein Einsatz von Schusswaffen den seit 1994 anhaltenden Waffenstillstand gefährden würde. Als äquivalentes Mittel bei der ‚law and order‘-Politik wurde auf das Mittel der ‚Assaults‘ zurückgegriffen. Die ‚Normalisierung‘ dieser Entwicklung wird darauf zurückgeführt, dass die Ungeduld und Frustration in beiden Lagern zunahm und man wieder zur Waffe griff (Kandel 2005: 433; Mac Ginty/Darby 2002: 89).

sollen. Zweitens sollen neue soziale und ökonomische Chancen, die aus der Befriedung des Konflikts entstanden sind, gefördert werden. Die Firma PricewaterhouseCoopers (PWC) wurde beauftragt, den Zusammenhang zwischen Maßnahmen zur ökonomischen Entwicklung und zum Frieden zu überprüfen. Laut der Analyse von PWC können sich ökonomische Aktivitäten direkt und indirekt positiv auf den Frieden auswirken (PricewaterhouseCoopers 2005: 5). Ein indirekter Zusammenhang zwischen ökonomischer Entwicklung und Frieden könne durch Wohlstandsvermehrung, die Reduzierung sozialer Exklusion, die Förderung sozialer Qualifikationen und einer verminderten Bereitschaft, sektiererischen Botschaften und Forderungen zu folgen, eintreten. In der Summe kommen die Analysten von PWC zu der Einschätzung, dass Maßnahmen zur ökonomischen Entwicklung vor allem dann einen Beitrag zum Frieden leisten können, wenn sie insbesondere den Menschen, die am stärksten durch den Konflikt betroffen sind, Chancen auf ökonomischen Wohlstand bieten (PricewaterhouseCoopers 2005: 6):

„This approach maintains that economic development contributes to reconciliation and peace building by removing the basis for inter-community conflict through greater prosperity, facilitating greater stakeholder involvement in the economy and addressing social exclusion“ (PricewaterhouseCoopers 2005: 28).

Ein weiteres Argument liefert James Honaker. In einer Langzeitstudie über den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und politischer Gewalt in Nordirland kommt er zu dem Ergebnis, dass sich die unterschiedlich hohe Arbeitslosigkeit der jeweiligen Gemeinschaften auf den Grad der Gewalt auswirkt: „[U]nemployment becomes a significant causal mechanism for the intensity of conflict, as expected both by substantive specialists in this conflict and the body of literature and theory in political violence“ (Honaker 2008: 17). Ein Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist aus dieser Perspektive immer auch ein mittelbarer Beitrag zum Frieden, denn das führt zu einer Verschiebung der individuellen Prioritäten – weg von Gewalt hin zu materieller Wohlfahrt. Dahinter steht die Annahme, dass Menschen, die keinerlei Hoffnung auf Wohlstand haben und über lange Zeit nicht in den Arbeitsmarkt integriert waren, eher zur Gewalt greifen, um die eigenen bzw. die Ziele einer politischen Gruppe durchzusetzen. Auf diesen Zusammenhang verweist der Geschäftsführer eines Unternehmens in Nordirland:

„Turn the people involved in the conflict into consumers. That is what did happen. [...] particularly the younger people who are more influenced by the paramilitary organizations, if they watch television – so to put them in today’s parlance: What they would require, the priority would be mobile phone, mp3-player, Volkswagen Golf, and maybe a leather jacket – that would be their priorities today. And it is for the companies to provide the material things that help people to achieve that. If they don’t have the option to achieve that and they are sitting in the corner of the street every day and they need something to do, so they go and ... what we got is what is called recreational rioting. We invented that term in Ireland: recreational rioting. If the people, the young guys have nothing to do on a Saturday afternoon, they start rioting“ (Interview des Autors am 28.01.2008. Dem Interviewpartner wurde Anonymität zugesichert).

Zweites Zwischenfazit

In einem zweiten Zwischenfazit kann festgehalten werden, dass sich auch der Zusammenhang zwischen ökonomischer Prosperität und Frieden bestätigt. Seit Anfang der 1990er Jahre ist die politische Gewalt, gemessen an der jährlichen Anzahl der Toten aufgrund des Konflikts, parallel zum ökonomischen Aufschwung zurückgegangen. Der Friedensprozess verfestigte sich und wurde mit dem Belfast-Abkommen von 1998 besiegelt. Trotz vieler Probleme bei der Umsetzung des Abkommens gelang es den beiden Konfliktparteien im Rahmen des St. Andrews Agreement von 2006 eine gemeinsame Regierung zu bilden und seitdem – immer wieder mit einigen Hürden und Problemen – Nordirland zu regieren.

Freilich kann daraus nicht geschlossen werden, dass allein die ökonomische Entwicklung für den erfolgreichen Friedensprozess verantwortlich ist. Ohne Frage spielen ökonomische Faktoren eine sehr gewichtige Rolle, aber eben nicht die einzige (McGarry/O'Leary 1995: 306; Ben-Porat 2006: 204). Eine ganze Reihe weiterer Faktoren unterstützten den erfolgreichen Friedensprozess zusätzlich. Die Frage der genauen Relevanz der ökonomischen Entwicklung ist nur schwer zu beantworten. Gleichwohl sprechen viele Argumente dafür, dass durch die ökonomische Regeneration eine wichtige Bedingung für den nordirischen Friedensprozess gesetzt wurde.

Durch den neuen Wohlstand und die damit einhergehenden Perspektiven verschieben sich individuelle Präferenzen und Prioritäten. In Zeiten materiellen Wohlstands rückt Gewalt als Mittel zur Durchsetzung der politischen Ziele in den Hintergrund. Die Gefahr, das zu verlieren, was man für sich und seine Kinder geschaffen hat, ist größer als zuvor. Die optimistischen Protagonisten in der Debatte haben immer wieder auf das Argument verwiesen, dass der ökonomische Aufschwung die Gesellschaft im Ganzen durchdringt und seine friedenskonsolidierende Wirkung über soziale Grenzen hinweg entfaltet. Die potenzielle Wirkung kann sich gerade in den Konfliktkontexten entfalten, in denen ökonomische Faktoren, etwa die ungleiche Verteilung von ökonomischen Gütern oder soziale Deprivation, eine prominente Rolle spielen, den Konflikt ausgelöst oder angehen haben.

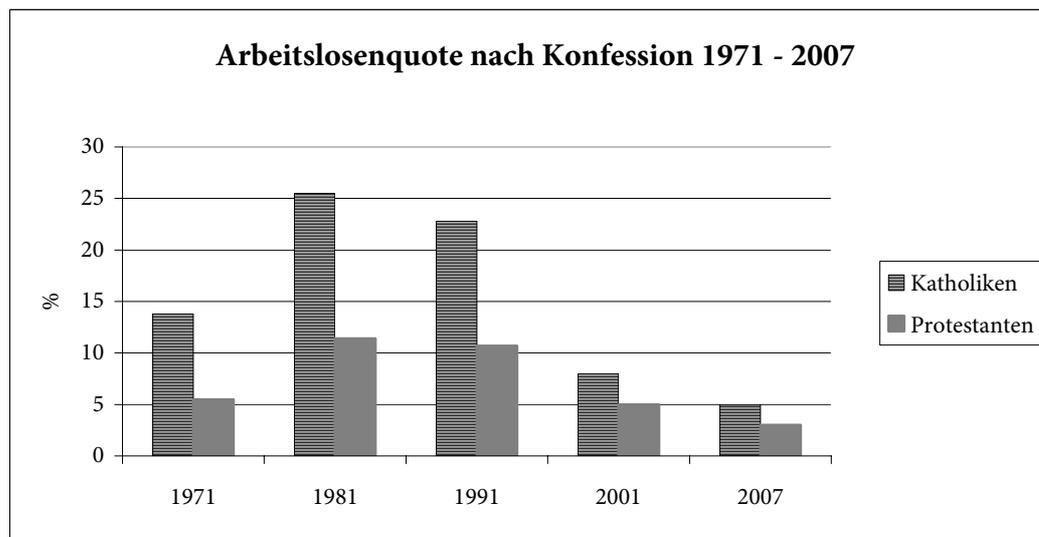
5. Horizontale und vertikale Ungleichheit

Der aufgezeigte Zusammenhang zwischen ökonomischer Prosperität und Frieden ist jedoch nicht voraussetzungslos. Für eine detaillierte Analyse von Erfolgsbedingungen bietet es sich an, zwischen einer horizontalen und einer vertikalen Dimension zu unterscheiden. Während die horizontale Dimension die ökonomischen Unterschiede zwischen den rivalisierenden Konfliktparteien beschreibt, bezieht sich die vertikale Ungleichheit auf die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten der gesamten Gesellschaft (Humphreys 2003: 3).

5.1 Horizontale Ungleichheit

Der ungleiche Zugang zu ökonomischen Gütern der beiden Gemeinschaften gilt als eine zentrale Ursache des Nordirlandkonflikts (vgl. Kandel 2005: 104; Heaton/Teague 1997). Graphik 6 gibt einen Überblick über die Arbeitslosigkeit nach konfessioneller Zugehörigkeit für den Zeitraum von 1971 bis 2007.

Graphik 6



Quelle: Osborne 2003: 343; Office of the First Minister and Deputy First Minister 2009: 54

Die Daten zeigen, dass Katholiken in der Vergangenheit deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen waren als Protestanten. 1971 waren Katholiken um den Faktor 2,5 häufiger arbeitslos als Protestanten. Der dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit in den 1970er Jahren traf die katholische Gemeinschaft deutlich stärker als die Protestanten. Im Zeitraum der Betrachtung nahm das Arbeitslosendifferential dann immer mehr ab. Im Jahr 2007 waren lediglich 5% der Katholiken von Arbeitslosigkeit betroffen; in der protestantischen Gemeinschaft lag diese Quote bei 3%. Das Arbeitslosendifferential hat in dem Beobachtungszeitraum auf 1,7 abgenommen, d.h., dass Katholiken 2007 um den Faktor 1,7 häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen waren als Protestanten. Jenseits der quantitativen Ungleichheiten gab es allerdings auch Unterschiede hinsichtlich der Qualität der Arbeitsplätze. Katholische Arbeitnehmer waren überdurchschnittlich im Niedriglohnsektor und in Bereichen der ungelernten Arbeit beschäftigt, während Protestanten in den besser bezahlten Berufsgruppen dominierten (Kandel 2005: 105).

Deutliche Unterschiede gab es bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst und auch im Sicherheitsbereich. Bei der nordirischen Polizei, die früher den Namen Royal Ulster Constabulary (RUC) trug, im Zuge des Belfast Abkommens von 1998 grundlegend reformiert wurde und heute unter dem neutralen Namen Police Service of Northern Ireland firmiert, zeigt sich ein ähnliches Bild: 1961 stellten Katholiken lediglich 12% der Polizisten in Nordirland (Kandel 2005: 85). Die ungleiche Besetzung der

nordirischen Sicherheitskräfte war kein Zufall. Das Verhalten der RUC war parteiisch zugunsten der protestantischen Loyalisten, was sie zu Feinden der katholisch-republikanischen Seite machte. Somit war es für Mitglieder der katholischen Gemeinschaft undenkbar, im Bereich der öffentlichen Sicherheit zu arbeiten und mit dem ‚Feind‘ gemeinsame Sache zu machen.

Diese strukturelle Benachteiligung der katholischen Gemeinschaft beim Zugang zum Arbeitsmarkt war eine zentrale Ursache für den Konflikt in Nordirland. Es bestehen kaum Zweifel an einem Zusammenhang zwischen der ungleichen Verteilung von ökonomischen Gütern, speziell dem strukturell ungleichen Zugang zum Arbeitsmarkt, und dem Ausbruch des gewaltsamen Konflikts: „[F]air employment policy and issues of equality have been at the heart of the conflict and its resolution“ (FitzGerald 2004: 1).

An dieser Stelle kommt der erste Faktor, der sich auf die Bedeutung ökonomischer Prosperität für den Frieden auswirkt, zum Tragen. Der ökonomische Aufschwung in Nordirland hatte nicht zuletzt einen massiven Zuwachs von Arbeitsplätzen zur Folge. Wie bereits oben diskutiert, finden Menschen, die wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden, nicht so schnell den Weg zur Gewalt wie solche, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind und keine großen Aussichten auf materiellen Wohlstand haben. Entscheidend ist hierbei jedoch, dass die (neuen) Arbeitsplätze zwischen den beiden Gemeinschaften fair¹⁹ verteilt und die alten strukturellen Ungleichheiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt überwunden werden.

Um die bestehenden Ungleichheiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt zwischen den beiden Gemeinschaften zu nivellieren, wurden von staatlicher Seite verschiedene Gesetze initiiert und Institutionen ins Leben gerufen. Bereits im Jahr 1974 verabschiedete die britische Regierung ein Gesetz, um faire Partizipationschancen für Protestanten und Katholiken am Arbeitsmarkt zu sichern. Allerdings erwies sich das Gesetz als äußerst ineffektiv, da die notwendigen Durchsetzungs- und Überwachungsmechanismen fehlten und primär auf freiwillige Aktionen der Arbeitgeber gebaut wurde. 1989 wurde mit dem *Fair Employment (Northern Ireland) Act 1989* ein weiteres Gesetz verabschiedet, welches 1998 durch das *Fair Employment and Treatment (Northern Ireland) Order 1998 (FETO)* ergänzt wurde. Das Gesetz verbietet die Diskriminierung von Arbeitnehmern und Arbeitssuchenden am Arbeitsplatz bzw. im Einstellungsprozess. Parallel zu der Gesetzgebung wurde die *Equality Commission for Northern Ireland* gegründet, die sich mit Fragen der Gleichheit zwischen den Gemeinschaften beschäftigt. Die aktuelle Gesetzgebung verpflichtet alle öffentlichen und privaten Arbeitgeber, sich bei der Equality Commission zu registrieren und jährliche Berichte über die Zusammensetzung ihrer Arbeitnehmerschaft nach Berufskategorien, Geschlecht und religiöser Zugehörigkeit einzureichen. Arbeitgeber, die sich nicht an diese Auflage halten, können mit Geldbußen

19 Allerdings ist die Frage nach der ‚fairen‘ bzw. ‚gerechten‘ Verteilung der Arbeitsplätze nicht einfach zu beantworten. Eine radikale Nivellierung der Ungleichverteilung würde sich zum Nachteil der protestantischen Arbeitnehmer auswirken und wäre sicherlich ebenfalls nicht ‚gerecht‘.

und dem Entzug staatlicher Förderungen bzw. Aufträge bestraft werden.²⁰ Falls die Zusammensetzung der Angestellten einzelner Unternehmen Ungleichheiten – zu Lasten katholischer *oder* protestantischer Arbeitnehmer – aufweist, werden Arbeitgeber durch die Equality Commission angehalten, aktive Fördermaßnahmen (*affirmative action*) zu ergreifen.²¹

Norma Heaton und Paul Teague kommen zu dem Schluss, dass mit den eingerichteten Institutionen starke Mechanismen zur Durchsetzung des Gleichbehandlungsgesetzes zur Verfügung stehen (Heaton/Teague 1997; vgl. die Beiträge in Osborne/Shuttleworth 2004b). Zu dem gleichen Ergebnis kommt auch Robert D. Osborne:

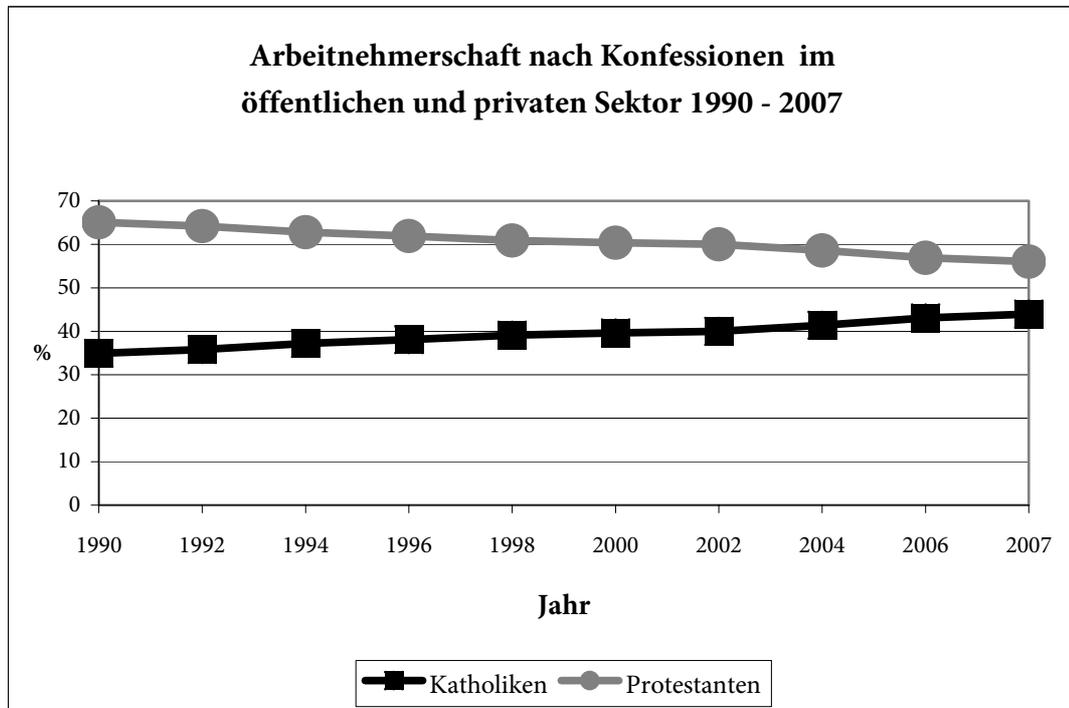
„Nevertheless, there is a broad consensus that the FEC [Fair Employment Commission; die Vorgängerorganisation der Equality Commission] was successful in both driving the agenda forward in the public arena and in securing major changes in the practices of employees. It is very unlikely that the relatively positive changes in the past quarter century would have been achieved without strong legislation and especially that put in place at the end of the 1980s“ (Osborne 2003: 345).

20 Auf Grundlage der von den öffentlichen und privaten Arbeitgebern gelieferten Daten wurden von der Equality Commission bereits 18 Monitoring Reports erstellt, die eine detaillierte Übersicht über die Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft im öffentlichen und privaten Sektor in Nordirland liefern.

21 Außerdem sind Unternehmen dazu verpflichtet, in Abständen von mindestens drei Jahren ihre Einstellungs-, Trainings- und Beförderungspraktiken zu überprüfen, um sicherzustellen, dass eine faire Partizipation von Protestanten und Katholiken in ihrem Unternehmen gewährleistet ist. Die Equality Commission hat zu jeder Zeit das Recht, die Einstellungspraktiken jedes Arbeitgebers in Nordirland zu untersuchen. Falls sie zu dem Schluss kommt, dass aktive Fördermaßnahmen notwendig sind, um gleiche Chancen für die Mitglieder beider Gemeinschaften sicherzustellen, kann die Kommission von dem Arbeitgeber verlangen, Maßnahmen einzuleiten, um die vorhandenen Ungleichheiten zu verringern.

Graphik 7 zeigt die Zusammensetzung der nordirischen Arbeitnehmerschaft im öffentlichen und privaten Sektor nach konfessioneller Zugehörigkeit.²²

Graphik 7



Quelle: Equality Commission for Northern Ireland 2008: 18

Ogleich die Zugangschancen zum Arbeitsmarkt zwischen den beiden Gemeinschaften nach wie vor ungleich sind, hat der Grad an Ungleichheit in dem Beobachtungszeitraum von knapp 20 Jahren stetig abgenommen. Lag der Anteil der Katholiken an der gesamten Arbeitnehmerschaft im Jahr 1990 noch bei 35%, so stieg dieser Wert bis 2007 auf 44% an.²³

Damit ist die erste der beiden Bedingungen für den positiven Einfluss ökonomischer Prosperität auf den Frieden erfüllt: Durch die Maßnahmen des Staates ist es gelungen, die ökonomische Ungleichheit in der horizontalen Dimension zu verringern und die Ungleichheiten im Zugang zum Arbeitsmarkt massiv zu reduzieren.

²² Die Zahlen der Equality Commission differenzieren zwischen privaten und öffentlichen Arbeitgebern. Die Unterschiede in der Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft fallen zwischen den beiden Arbeitgebergruppen allerdings nur marginal aus; der Trend zu ansteigender Repräsentation katholischer Arbeitnehmer verläuft bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern parallel (Equality Commission for Northern Ireland 2008: 24; 56).

²³ In dem beobachteten Zeitraum von 1990 bis 2007 gibt es nur geringe Verschiebungen beim Anteil der beiden Gemeinschaften an der Gesamtbevölkerung Nordirlands. So nimmt in den 17 Jahren der Anteil der katholischen über Sechzehnjährigen an der Gesamtbevölkerung Nordirlands von 38 auf 40% zu, der Anteil der Protestanten in dieser Bevölkerungsgruppe sinkt in dem Zeitraum von 59 auf 56% (Office of the First Minister and Deputy First Minister 2009: 44).

5.2 Vertikale Ungleichheit

Neben der horizontalen Verteilung zwischen den Gemeinschaften wird auch die ungleiche Verteilung ökonomischer Güter in der vertikalen Dimension, also gemeinschaftsübergreifend zwischen sozialen Schichten, als ein weiterer wichtiger Konfliktfaktor betrachtet (vgl. McGarry/O'Leary 1995: 271). Tatsächlich ist Nordirland von einem starken sozialen Gefälle und nach wie vor von „nicht überwundenen Klassengegensätzen“ geprägt (Moltmann 2002: 37; vgl. Kenway et al. 2006).

Dieses soziale Gefälle besteht zum einen zwischen verschiedenen Gebieten und Städten in Nordirland, ist aber nirgends ausgeprägter und sichtbarer als in der nordirischen Hauptstadt Belfast (vgl. Northern Ireland Statistics & Research Agency 2005). Während das Zentrum der Stadt mit seinen Flaniermeilen kosmopolitischen Charme verströmt, dauert es zu Fuß nur wenige Minuten und man betritt das Tor zur ‚Shankill Road‘, einem Stadtteil von Belfast, dem Kernland der loyalistischen Bewegung und sozialen Brennpunkt. Große Teile im Westen der Stadt, insbesondere die Gegenden, die als ‚Interfaces‘, also als Schnittstellen zwischen katholischen und protestantischen Gebieten bezeichnet werden, sind von einem sehr hohen Grad an sozialer und ökonomischer Deprivation geprägt.

In der Tat kann eine geographische Überlappung zwischen dem Grad sozialer Benachteiligung und politischer Gewalt festgestellt werden. Politische Gewalt tritt besonders in den Gebieten auf, die ökonomisch und sozial überdurchschnittlich stark unterprivilegiert sind (vgl. Fay et al. 1999: 145). Im Jahr 2001 wurde von der nordirischen Regierung ein Bericht über die soziale und ökonomische Situation in West-Belfast in Auftrag gegeben. Der Zusammenhang zwischen dem hohen Grad an sozialer Deprivation in den westlichen Teilen der Stadt und dem Grad an politischer Gewalt führt die Autoren zu folgendem Schluss:

„West Belfast constituency, covering most of the wards in both Task Force areas is distinguished by its high share (almost 40%) of all the deaths that occurred within the city related to the ‘troubles’ and by the heavy exposure to violence, particularly during the period 1969-80“ (West Belfast and Greater Shankill Task Forces 2002: 16).

Analog resümieren auch McGarry und O'Leary, dass der Nährboden für radikale, paramilitärische Organisationen gerade dort vorhanden ist, wo soziale Deprivation besonders ausgeprägt ist, die Menschen überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen und die Chancen auf materiellen Wohlstand gering sind:

„It is clear that paramilitary activity in Northern Ireland has been concentrated in deprived areas. It is also apparent that the two most militant parties – Sinn Féin and the DUP – get disproportionate support from the underprivileged. It makes sense, then, to argue that decisive steps to reverse the economic malaise which exists in Northern Ireland will help the position of moderates“ (McGarry/O'Leary 1995: 288).

An dieser Stelle kommt daher ein weiterer Faktor hinzu, der den Wirkungszusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Frieden beeinflusst: Zu der horizontalen kommt eine vertikale Dimension, d.h. die faire Verteilung der ökonomischen Güter zwischen den sozialen Milieus. Die Menschen, die in den sozialen Brennpunkten in Nordirland leben, dürfen nicht ökonomisch marginalisiert werden und müssen Chancen

bekommen, an dem ökonomischen Aufschwung zu partizipieren. Ist dies nicht der Fall, bleibt der soziale Nährboden für Hass und politische Gewalt bestehen und die Wirkung der ökonomischen Prosperität auf den Friedensprozess läuft in dieser Dimension ins Leere. Hierzu stellte ein Vertreter eines Unternehmens in Belfast fest:

„We have social problems, now destroying those communities; we have drugs and epidemic proportions of crime. And people look around of what they have [...] We need to attract foreign direct investment and we need to create investment in areas like the Shankill, like the Falls, like Sandy Road, Ardoyne, and beyond. Because there are other parts of Northern Ireland that have also suffered from the Troubles. And they have no jobs [...] And if people are earning money and people have the money to go and buy stuff and do stuff then they have less time to focus on: 'I don't like that person'“ (Interview des Autors am 10.6.2008 mit Tom O'Connor, Belfast Harbour Commissioners).

Um die soziale Ungleichheit zu bekämpfen initiierte das britische Nordirlandministerium 1991, Targeting Social Needs (TSN). Das Programm wurde 1998 durch eine Initiative zur Förderung sozialer Inklusion ergänzt. Beide Projekte erwiesen sich jedoch als nicht besonders effektiv (Osborne 2003: 351-352). Der Northern Ireland Council for Voluntary Action, eine Dachorganisation für Initiativen bürgerschaftlichen Engagements in Nordirland, kommt zu dem Ergebnis, dass sich die sozialen Ungleichheiten in den letzten Jahren weiter verschärft zu haben. Lagen die Einkommensdifferenzen zwischen dem oberen und dem unteren Zehntel der Arbeitnehmer 1990 noch bei sechs Pfund pro Arbeitsstunde (8,63 im Vergleich zu 2,65 GBP), hat sich diese Differenz im Jahr 2000 auf über zehn Pfund ausgeweitet (14,94 in Relation zu 4,22 GBP) (Northern Ireland Council for Voluntary Action (NICVA) 2004: 4). Ähnlich negativ fällt die Diagnose aus, wenn man sich die Zahlen zur Arbeitslosigkeit anschaut. Im Rahmen des allgemeinen Wirtschaftswachstums ist die Arbeitslosigkeit in Nordirland in den vergangenen Jahren sehr stark zurückgegangen. Hätten sich die Programme der britischen Regierung zur Bekämpfung sozialer und ökonomischer Benachteiligung jedoch positiv ausgewirkt, hätte man in den sozial benachteiligten Gegenden einen überdurchschnittlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit erwarten können. Dies ist allerdings nicht eingetreten, und die Orte mit hoher sozio-ökonomischer Deprivation konnten von der positiven ökonomischen Entwicklung nicht wie erwartet profitieren (Northern Ireland Council for Voluntary Action (NICVA) 2004).

Die Gewalt in Nordirland hat ihren sozialen Nährboden in den proletarischen Unterschichten *beider* Gemeinschaften. Ob die Milieus, welche hauptverantwortlich für die Gewalt sind, von dem wirtschaftlichen Aufschwung und der höheren Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt profitieren, bleibt fraglich. Erst wenn der ökonomische Aufschwung die Menschen erreicht hat, die (auch) aufgrund sozialer Deprivation und Chancenlosigkeit zu Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele gegriffen haben, kann – in der vertikalen Dimension – der erhoffte Zusammenhang zwischen Prosperität und Frieden entstehen. Insbesondere Peter Shirlow und Ian Shuttleworth haben bereits 1999 kritisch darauf hingewiesen, dass gerade diejenigen Schichten, die unter sozialer Benachteiligung leiden, nicht in den Genuss der neu gewonnenen ökonomischen Güter kommen (Shuttleworth/Shirlow 1999). Ihre Untersuchung führt zu einem ambivalenten Bild: Zwar wurden in den sozial benachteiligten Orten sehr viele Arbeitsplätze geschaffen; allerdings profitierten davon in erster Linie die Menschen, die nicht in diesen Vierteln

leben. Die größte Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze kommt nicht vorwiegend Arbeitslosen zugute, sondern wurde durch Jobwechsel besetzt (Shirlow/Shuttleworth 1999: 82; O'Hearn 2000). Dazu Shirlow und Shuttleworth: „[U]nless economic regeneration provides jobs and hope to the unemployed, these people will not interconnect with the peace process“ (Shirlow/Shuttleworth 1999: 43). Und genau diese Bedingung scheint in Nordirland nur mit Einschränkungen erfüllt zu sein:

„The promised peace dividend hasn't reached the zones of hard-core unemployment where the soldiers for the long war were recruited [...] The underlying question is whether there will be a peace dividend for the working class people that fought the war, or whether they will be flung into a global marketplace indifferent to equal rights for depressed communities.“ (Hayden 1999).

Zu der Frage der Klassengegensätze und der ungleichen Verteilung ökonomischer Güter kommt Guy Ben-Porat zu einem ähnlichen Ergebnis:

„Despite the growth, there are indicators that the effects on the lower classes were insufficient and that the economic developments will offer limited employment opportunities, low paying and insecure, for the socially marginalized“ (Ben-Porat 2006: 254).

6. Zusammenfassung und Ausblick

Das Ziel dieser Studie war es, den wechselseitigen Zusammenhang zwischen ökonomischer Prosperität und Frieden am Beispiel des Nordirlandkonflikts zu untersuchen. Aus dieser Aufgabe hat sich eine doppelte Fragestellung ergeben. Erstens, wie wirkt sich Frieden auf die ökonomische Entwicklung aus? Und zweitens, gilt dieser Zusammenhang auch in umgekehrter Richtung: Führt ökonomische Prosperität zu mehr Frieden? Und falls dies der Fall ist, welche Faktoren begünstigen oder behindern diesen Zusammenhang?

Bei der Beantwortung der ersten Frage kann für den Fall Nordirland ein deutlicher Zusammenhang zwischen Frieden und ökonomischer Prosperität konstatiert werden. Den Verfechtern der These, dass einer Beendigung der politischen Gewalt und der Etablierung eines stabilen politischen Umfeldes eine rasche wirtschaftliche Erholung in der Region folgt, kann somit Recht gegeben werden. Dem einsetzenden Friedensprozess zu Beginn der 1990er Jahre und dem Waffenstillstand der IRA und der loyalistischen paramilitärischen Organisation 1994 folgte ein starkes wirtschaftliches Wachstum in Nordirland quasi auf dem Fuße. Somit hat sich der erste Teil der These in der Tat bestätigt.

Auch die zweite These über den Zusammenhang zwischen ökonomischer Prosperität und Frieden kann bestätigt werden. Der Auf- und Ausbau von ökonomischen Strukturen scheint auch in Nordirland eine wesentliche Grund- und Rahmenbedingung für den Friedenskonsolidierungsprozess zu sein. Allerdings zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass der naive Gedanke, demzufolge sich wirtschaftlicher Fortschritt automatisch positiv auf den Frieden auswirkt, in der Praxis zu kurz greift. Am Beispiel des nordirischen Friedensprozesses konnte plausibilisiert werden, dass spezifische Faktoren beachtet

werden müssen, damit sich die friedenskonsolidierende Wirkung ökonomischer Prosperität entfalten kann: Die neuen ökonomischen Güter müssen sowohl auf einer horizontalen als auch auf einer vertikalen Dimension *gerecht* verteilt werden. Das heißt, erstens kommt es darauf an, die ökonomischen Güter *zwischen den Konfliktparteien* in der horizontalen Dimension zu verteilen. Im Fall von Nordirland waren die ungleichen Zugangschancen zum Arbeitsmarkt zwischen der katholischen und der protestantischen Gemeinschaft eine entscheidende Ursache für den Ausbruch des Konflikts. Um diese den Friedensprozess beeinträchtigenden Faktoren zu minimieren, wurden von staatlicher Seite verschiedene Institutionen ins Leben gerufen, die sich erfolgreich des Problems eines ungleichen Zugangs zum Arbeitsmarkt angenommen haben. Somit konnte die erste Bedingung erfüllt werden.

Die zweite Bedingung bezieht sich auf die Verteilung der ökonomischen Güter in einer vertikalen Dimension. Das heißt, auch die sozialen Schichten, die am Rande der Gesellschaft stehen, müssen an dem neuen ökonomischen Wohlstand partizipieren und dürfen nicht außen vor gelassen werden. In Nordirland kommt die politische Gewalt in erster Linie aus der katholischen und protestantischen Unterschicht. Nur wenn auch die Menschen in den sozial und ökonomisch stark benachteiligten Gegenden von Nordirland in den Genuss der ökonomischen Prosperität kommen, lässt sich dieses strukturelle Problem in den Griff bekommen. Hierzu erneut Ben-Porat:

„Indeed, the incentives associated with globalization, promised or real, can help set the peace process in motion but, especially if they are unevenly distributed, might not be enough to bring the conflict to resolution“ (Ben-Porat 2006: 13).

Gerade diese Bedingung ist für den Fall Nordirland problematisch. Nach wie vor klafft in der nordirischen Gesellschaft die Schere zwischen denjenigen, die am stärksten von dem ökonomischen Aufschwung profitieren und denjenigen, die weiterhin am Rande der Gesellschaft leben, weit auseinander. Auch für die Erklärung der jüngsten Terroranschläge werden soziale Ursachen ins Spiel gebracht. So bemerkte der frühere IRA-Kommandant Tommy McKearney in einem Interview mit Spiegel-ONLINE zu den möglichen Ursachen der terroristischen Anschläge in Nordirland vom März 2009:

„Beunruhigender ist jedoch, dass es in den marginalisierten und verarmten Vierteln Überreste von Unterstützung zu geben scheint. Der Neoliberalismus und die auseinandergegangene Schere zwischen Arm und Reich haben zu einer Frustration geführt, die ein Ventil sucht“.²⁴

Im Fall Nordirlands bemüht sich der Staat um den Abbau dieser Ungleichheiten. Während die staatliche Steuerung im Bereich der horizontalen Dimension relativ erfolgreich ist, ist dieser Erfolg in der vertikalen Dimension nicht in Sichtweite. In Nordirland ist es den staatlichen Akteuren nicht gelungen, die Klassengegensätze zwischen den unteren und den oberen Einkommensgruppen zu überbrücken. Vielmehr scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Die Autoren der bereits oben bemühten Studie zur Evaluation der staatlichen Programme kommen zu dem Schluss, dass die Gegensätze zwischen den oberen und unteren Schichten der nordirischen Gesellschaft über dem europäischen Durch-

24 www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,612538,00.html (24.5.2009).

schnitt liegen und sich weiter verschärfen (Northern Ireland Council for Voluntary Action (NICVA) 2004: 6).

In der Debatte über soziale Ungleichheit in Nordirland wird Bildung als ein zentraler Faktor zur Erklärung der sozialen Divergenzen herangezogen. Je geringer der Bildungsstand, desto größer ist die Gefahr keinen Arbeitsplatz zu bekommen und von (Langzeit-) Arbeitslosigkeit betroffen zu sein (Osborne 2004: 85). Der Wandel des nordirischen Arbeitsmarktes hat den Faktor Bildung immer wichtiger werden lassen. Wie so viele andere Industriestaaten hat auch Nordirland einen Prozess der De-Industrialisierung und einen Boom im Dienstleistungssektor erfahren. Während auf der einen Seite klassische Industrien, wie etwa der Schiffsbau, ausgestorben sind, haben sich Softwarefirmen, Finanzdienstleister und Callcentres in Nordirland angesiedelt. Die verfügbaren Arbeitsplätze haben sich also von ‚blue collar‘ zu ‚white collar‘ Jobs gewandelt, die Menschen ohne einen entsprechenden Bildungshintergrund nicht zugänglich sind (vgl. Shuttleworth/Green 2004).

Zweifellos spielt der Staat bei der Bereitstellung von Bildungs- und Ausbildungschancen die zentrale Rolle. In jüngster Zeit kann aber auch beobachtet werden, dass sich zunehmend privatwirtschaftliche Akteure bei der Bereitstellung dieses öffentlichen Gutes engagieren. So beteiligt sich etwa das kanadische Unternehmen Bombardier Aerospace im Rahmen des ‚Employers Forum‘ an Bildungsprojekten für Arbeitslose (zum Folgenden detailliert Haidvogel 2009: 114-116). Bombardier Aerospace produziert in seinem Werk in Belfast Teile für die Flugzeugindustrie und ist mit über 5.000 Angestellten einer der größten Arbeitgeber in Nordirland. In dem Employers Forum, das durch den privatwirtschaftlichen Sektor gegründet und finanziert wurde, haben sich eine Reihe von Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen sowie lokale Bildungseinrichtungen zusammengeschlossen, um arbeitslosen Menschen durch Ausbildungsprogramme die Möglichkeit zu geben, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Arbeit des Forums konzentriert sich gezielt auf solche Viertel in Belfast, die überdurchschnittlich von sozialer und ökonomischer Deprivation geprägt sind und am stärksten unter dem Konflikt gelitten haben. Seit 2003 konnten mehr als 500 Menschen durch die Arbeit des Forums in den Arbeitsmarkt (re-)integriert werden. Dies entspricht 90% aller, die die Trainings- und Ausbildungsprogramme absolvierten; alleine Bombardier Aerospace stellte 45 Menschen ein (Equality Commission for Northern Ireland 2007: 6).

Freilich ist die Nivellierung oder zumindest die Glättung der sozialen Differenzen eine nur schwer zu lösende Aufgabe. Die Beteiligung von privatwirtschaftlichen Akteuren, wie sie anhand des Beispiels von Bombardier Aerospace beschrieben wurde, kann dabei als eine sehr positive Ergänzung zum staatlichen Engagement bewertet werden.

Diese Studie untersuchte das wechselseitige Verhältnis von Ökonomie und Frieden am Beispiel des Nordirlandkonflikts. Welche generalisierenden Erkenntnisse können aus den Ergebnissen dieser Studie gewonnen werden, die über den Fall Nordirland hinausreichen?

Bei dem untersuchten Gegenstand, dem wechselseitigen Zusammenhang zwischen Ökonomie und Frieden, handelt es sich nicht um ein Phänomen, welches ausschließlich auf Nordirland zutrifft. Kein Konflikt wird allein durch einen wirtschaftlichen Auf-

schwung befriedet werden können. Gleichwohl kommt dem ökonomischen Wachstum zumindest eine begleitende Funktion zu. Hierzu bemerken etwa die Autoren einer bereits zitierten Studie des Portland Trust:

„The overarching economic lesson from Northern Ireland is this: economic progress is crucial to the political forces that favour peace. Without it, even small acts of sabotage can derail a peace process. But supported by economic momentum, a peace process can resist violent shocks meant to derail it“ (The Portland Trust 2007: 4).

Eine ganze Reihe von Friedensprozessen wird von einem ökonomischen Aufschwung – oder zumindest von der Hoffnung auf einen solchen – flankiert. Insbesondere in solchen Konfliktkonstellationen, bei denen die ungleiche Verteilung und der ungleich Zugang zu ökonomischen Gütern eine gewichtige Rolle spielen, gilt es, eine faire Verteilung dieser Güter anzustreben, um das volle friedenskonsolidierende Potential ökonomischer Prosperität zu nutzen. Wird dies nicht erreicht und die ökonomischen Ungleichheiten zwischen den Konfliktparteien und/oder zwischen gesellschaftlichen Schichten bestehen, kann der wirtschaftliche Aufschwung die erhoffte Wirkung nicht erfüllen.

7. Literatur

- Ballentine, Karen/Nitzschke, Heiko* 2004: Business and Armed Conflict: An Assessment of Issues and Options, in: *Die Friedens-Warte*, 79: 1-2, 35-56.
- Belfast Telegraph* 2008: Viewpoint: A Conference Essential to Peace, *Belfast Telegraph*, 5.05.2008,
- Ben-Porat, Guy* 2006: Global Liberalism, Local Populism: Peace and Conflict in Israel/Palestine and Northern Ireland, Syracuse, NY.
- Bew, Paul/Patterson, Henry/Teague, Paul* 1997: Northern Ireland: Between War and Peace. The Political Future of Northern Ireland, London.
- Breen, Richard* 2000: Class Inequality and Social Mobility in Northern Ireland, 1973 to 1996, in: *American Sociological Review*, 65: 3, 392-406.
- Confederation of British Industry - Northern Ireland* 1994: Peace - A Challenging New Era, Belfast.
- Confederation of British Industry - Northern Ireland* 2003: CBI Response to 'A Shared Future' - A Consultation Paper on Improving Relations in Northern Ireland, in: www.asharedfutureni.gov.uk/pdf_documents/cbi.pdf (18.8.2006).
- Department of Economic Development* 1999: Strategy 2010. Report by the Economic Development Strategy Review Steering Group, Belfast.
- Department of Enterprise, Trade and Investment* 2008: FDI Research Project – Final Report, Belfast.
- Equality Commission for Northern Ireland* 2007: Recruitment for those not in Employment: A Good Practice Guide for Promoting Equality of Opportunity, in: www.equalityni.org/archive/pdf/RecruitThoseNotinEmploymentbooklet.pdf (15.7.2008).
- Equality Commission for Northern Ireland* 2008: Monitoring Report No. 18: A Profile of the Northern Ireland Workforce. *Summary of Monitoring Returns 2006*, in: www.equalityni.org/archive/pdf/MonRpt18FCComplete.pdf (17.2.2009).
- Fay, Marie-Therese/Morrissey, Mike /Smyth, Marie* 1999: Northern Ireland's Troubles: The Human Costs, London.
- FitzGerald, Garret* 2004: Foreword, in: Osborne, Bob/Shuttleworth, Ian (Hrsg.): Fair Employment in Northern Ireland: A Generation On, Belfast, vii-xi.
- Foreign Direct Investment* 2004: Northern Europe – UK city of the future: Belfast, in: www.fdimagazine.com/news/printpage.php/aid/757/NORTHERN_EUROPE_UK_city_of_the_future:_Belfast.html (28.8.2006).
- Fort, Timothy L.* 2007: Business, Integrity, and Peace: Beyond Geopolitical and Disciplinary Boundaries, Cambridge.
- Fort, Timothy L./Schipani, Cindy A.* 2004: The Role of Business in Fostering Peaceful Societies, Cambridge.
- Friedman, Jordana/Killick, Nick* 1999: Local Business Pushing for Peace in Northern Ireland: 'We Made it Less Easy for the Parties to Simply Walk Away', in: European Centre for Conflict Prevention (Hrsg.): People Building Peace: 35 Inspiring Stories from Around the World, Amsterdam, 327-330.
- Ganser, Daniele* 2004: Brauchen wir eine Ökonomie des Friedens? Eine schweizer Perspektive auf die Verbindung der Wirtschaft mit Gewaltkonflikten, in: *Die Friedens-Warte*, 79: 1-2, 57-74.
- Gissingner, Ranveig/Gleditsch, Nils-Petter* 1999: Globalization and Conflict: Welfare, Distribution, and Political Unrest, in: *Journal of World-Systems Research*, 2, 327-365.
- Haidvogel, Andreas* 2009: Walking the Extra Mile: Corporate Contributions to the Peace Process in Northern Ireland, in: Deitelhoff, Nicole/Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.): Corporate Security

Responsibility? Private Governance Contributions to Peace and Security in Zones of Conflict, New York, NY, i.E.

Hancock, Landon E. 2008: The Northern Irish Peace Process: From Top to Bottom, in: *International Studies Review*, 10: 2, 203-238.

Haufler, Virginia 2001: Is there a Role for Business in Conflict Management?, in: Crocker, Chester/Hampson, Fen Osler/Aall, Pamela (Hrsg.): *Turbulent Peace: The Challenges of Managing International Conflict*, Washington, DC, 659-675.

Hayden, Tom 1999: Don't Forget the Jobs, *Belfast Telegraph*, 18.8.1999.

Heaton, Norma/Teague, Paul 1997: Towards Fair Employment in Northern Ireland?, in: *International Review of Applied Economics*, 11: 2, 263-285.

Honaker, James 2008: Unemployment and Violence in Northern Ireland: A Missing Data Model for Ecological Inference, in: <http://tercer.bol.ucla.edu/papers/ni.pdf> (11.6.2009).

Humphreys, Macartan 2003: Economics and Violent Conflict, in: www.preventconflict.org/portal/economics/Essay.pdf (15.12.2008).

Independent Monitoring Commission 2006: Twelfth Report of the Independent Monitoring Commission, in: www.independentmonitoringcommission.org/documents/uploads/IMC%2012th%20Report%20pdf.pdf (5.1.2007).

Independent Monitoring Commission 2009: Twenty-First Report of the Independent Monitoring Commission, in: www.independentmonitoringcommission.org/documents/uploads/Twenty-First%20Report.pdf (22.9.2009).

Institute for Multi-Track Diplomacy 1998: The Role of Business in Intractable Conflict: A Case Study of Northern Ireland, in: (Hrsg.): Arlington, VA.

Kandel, Johannes 2005: *Der Nordirland-Konflikt. Von seinen historischen Wurzeln bis zur Gegenwart*, Bonn.

Kennedy-Pipe, Caroline 2006: From War to uneasy Peace in Northern Ireland, in: Cox, Michael/Guelke, Adrian/Stephen, Fiona (Hrsg.): *A Farewell to Arms? Beyond the Good Friday Agreement*, Manchester, 41-56.

Kenway, Peter/MacInnes, Tom/Kelly, Aveen/Palmer, Guy 2006: *Monitoring Poverty and Social Exclusion in Northern Ireland 2006*, York.

Keohane, Robert O./Nye, Joseph S. 2001: *Power and Interdependence*, New York, NY.

Koerber, Charles P./Fort, Timothy L. 2008: Corporate Citizenship and Global Conflicts: The Baboon Moment, in: Scherer, Andreas Georg/Palazzo, Guido (Hrsg.): *Handbook of Research on Global Corporate Citizenship*, Cheltenham, 208-221.

Lock, Peter 2002: Ökonomien des Kriegs. Ein lange vernachlässigtes Forschungsfeld von großer Bedeutung für die politische Praxis, in: Sahn, Astrid/Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hrsg.): *Die Zukunft des Friedens. Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung*, Wiesbaden, 269-286.

Mac Ginty, Roger/Darby, John 2002: *Guns and Government: The Management of the Northern Ireland Peace Process*, Basingstoke.

Mansergh, Martin 2006: The Background to the Irish Peace Process, in: Cox, Michael/Guelke, Adrian/Stephen, Fiona (Hrsg.): *A Farewell to Arms? Beyond the Good Friday Agreement*, Manchester, 24-40.

McGarry, John/O'Leary, Brendan 1995: *Explaining Northern Ireland: Broken Images*, Oxford.

Moltmann, Bernhard 2002: 'Es kann der Frömmste nicht im Frieden bleiben...'. Nordirland und sein kalter Frieden (HSFK-Report 8/2002), Frankfurt a.M.

Moltmann, Bernhard 2007: Nordirland: Die Außenwelt der Innenwelt. Die externe Dimension einer Konfliktgeschichte (HSFK Report 11/2007), Frankfurt a.M.

- Morrissey, Mike* 2000: Northern Ireland: Developing a Post-Conflict Economy, in: Cox, Michael/Guelke, Adrian/Stephen, Fiona (Hrsg.): A Farewell to Arms? From 'Long War' to Long Peace in Northern Ireland, Manchester, 136-152.
- Northern Ireland Council for Voluntary Action (NICVA)* 2004: Towards an Anti-Poverty Strategy: New TSN – The Way Forward (NICVA Briefing Paper May 2004), in: www.nicva.org/uploads/docs/0504_TSN_Briefing.pdf (25.6.2009).
- Northern Ireland Statistics & Research Agency* 2005: Northern Ireland Multiple Deprivation Measure 2005, in: www.nisra.gov.uk/aboutus/default.asp?cmsid=1_81&cms=about+us_Deprivation (12.4.2007).
- O'Hearn, Denis* 2000: Peace Dividend, Foreign Investment, and Economic Regeneration: The Northern Irish Case, in: *Social Problems*, 47: 2, 180-200.
- Oberschall, Anthony* 2007: *Conflict and Peace Building in Divided Societies: Responses to Ethnic Violence*, London.
- Osborne, Robert D.* 2003: Progressing the Equality Agenda in Northern Ireland, in: *Journal of Social Policy*, 32: 3, 339-360.
- Osborne, Robert D.* 2004: Education and the Labour Market, in: Osborne, Bob/Shuttleworth, Ian (Hrsg.): *Fair Employment in Northern Ireland: A Generation On*, Basingstoke, 65-87.
- Osborne, Robert D./Shuttleworth, Ian* 2004a: Fair Employment in Northern Ireland, in: Osborne, Bob/Shuttleworth, Ian (Hrsg.): *Fair Employment in Northern Ireland: A Generation On*, Basingstoke, 1-23.
- Osborne, Robert D./Shuttleworth, Ian* 2004b: *Fair Employment in Northern Ireland: A Generation On*, Belfast.
- PricewaterhouseCoopers* 2005: Peace II Qualitative Assessment of the Economic Measures, in: www.seupb.org/documents/corp/PEACE%20II%20Qualitative%20Assessment%20of%20Economic%20Measures.pdf (18.4.2007).
- Rowthorn, Bob* 1987: Northern Ireland – An Economy in Crisis, in: Teague, Paul (Hrsg.): *Beyond the Rhetoric: Politics and Social Policy in Northern Ireland*, London, 111-135.
- Russett, Bruce/Oneal, John* 2001: *Triangulating Peace: Democracy, Interdependence, and International Organisations*, New York, NY.
- Shirlow, Pete* 1997: The Economics of the Peace Process, in: Gilligan, Chris/Tonge, Jon (Hrsg.): *Peace or War? Understanding the Peace Process in Northern Ireland*, Aldershot, 133-149.
- Shirlow, Peter/Shuttleworth, Ian* 1999: 'Who is going to Toss the Burgers'? Social Class and the Reconstruction of the Northern Irish Economy, in: *Capital & Class*, 69, 27-46.
- Shuttleworth, Ian/Green, Anne* 2004: A Place Apart? The Northern Ireland Labour Market in a Wider Context, in: Osborne, Bob/Shuttleworth, Ian (Hrsg.): *Fair Employment in Northern Ireland: A Generation On*, Basingstoke, 88-99.
- Shuttleworth, Ian/Shirlow, Peter* 1999: Inward Investment and the Politics of Peace in Northern Ireland, in: *Regional Studies*, 33: 1, 79-83.
- Siegelberg, Jens* 1994: *Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft*, Münster.
- Smyth, Marie* 2006: Lost Lives: Victims and the Construction of 'Victimhood' in Northern Ireland, in: Cox, Michael/Guelke, Adrian/Stephen, Fiona (Hrsg.): *A Farewell to Arms? Beyond the Good Friday Agreement*, Manchester, 6-23.
- Stewart, Frances* 2001: *Horizontal Inequalities: A Neglected Dimension of Development* (Centre for Research on Inequality, Human Security and Ethnicity CRISE Working Paper 1), Oxford.

The Portland Trust 2007: Economics in Peacemaking: Lessons from Northern Ireland, in: www.portlandtrust.org/Economics%20in%20Peacemaking%20-%20Lessons%20from%20Northern%20Ireland.pdf (24.9.2009).

Wenger, Andreas/Möckli, Daniel 2003: Conflict Prevention. The Untapped Potential of the Business Sector, Boulder.

West Belfast and Greater Shankill Task Forces 2002: A Report of the West Belfast and Greater Shankill Task Forces, in: www.detini.gov.uk/cgi-bin/downutildoc?id=16 (15.7.2008).